

Stadtrat Nidau

PROTOKOLL

3. Sitzung des Stadtrates

19.11.2020, 19:00 - 22:00 Uhr

Sporthalle Burgerbeunden, Burgerallee 17a, 2560 Nidau

	Anwesend	Abwesend (entschuldigt)
Präsidentin:	Kast Esther, Grüne	
1. Vizepräsident:	Baumann Markus, SVP	
2. Vizepräsidentin:	Kallen Noemi, SP	
Stimmzählerin:	Bongard Bettina, SP	
Stimmzähler:	Spycher Thomas, FDP	
Mitglieder:	Blösch-Althaus Paul, EVP	
	Dancet René, FDP	
	Deschwanden Inhelder Brigitte, SP	
	Döhrbeck Michael, Grüne	
	Egger Tobias, SP	
	Evard Amélie, FDP	
	Fischer Martin, FDP	
	Gabathuler Leander, SVP	
	Grob Oliver, SVP	
	Jenni Hanna, PRR	
	Kallen Nils, SP	
	Kessi Damian, SP	
	Kessi Valérie, SP	
	Lucchini-Gutiérrez Olea Maria del Carmen, Grüne	
	Lützelschwab Rickenbacher Kathleen, SP	
	Münger Tamara, BDP	
	Oehme Marlene, EVP	
	Pauli Pauline, PRR	
	Romdhani Soumaya, Grüne	
	Rubin Michael, Grüne	
	Rutishauser Roland, SVP	
	Sauter Viktor, SVP	
	Schneiter Marti Susanne, FDP	
	Stucki-Steiner Carine, Grüne	
	Wingeyer Ursula, SVP	

Der Stadtrat ist beschlussfähig.

Gemeinderat:	Hess Sandra, Stadtpräsidentin Eyer Marc, Vizestadtpräsident Fuhrer Martin Friedli Sandra Lutz Roland Messerli Philippe Schwab Kurt
Sekretär:	Ochsenbein Stephan
Protokollführerin:	Jennings Manuela
Technik / Planton:	Leyvraz Frederik

Traktanden

5

1. Protokoll Nr. 2 vom 17. September 2020 – Genehmigung
2. Ratsbüro für das Jahr 2021 – Wahlen
3. Geschäftsprüfungskommission – Ersatzwahl
4. Finanzplan 2020 - 2025 – Kenntnisnahme
5. Budget 2021 – Genehmigung
6. Energieverbund Bielersee AG – Beteiligung
7. Schlosstrasse 15 – Teilsanierung
8. Schlosstrasse 13 – Teilsanierung
9. Schulgasse 2, energetische Sanierung inklusive Dachausbau – Investitionskredit
10. Parkplatz Strandbad, Sanierung – Investitionskredit
11. Mehrwertabgabe – Reglement
12. Polizeireglement der Stadt Nidau – Totalrevision
13. Fahrende auf dem Expo Areal – Berichterstattung
14. Abschreibungen und Fristverlängerung von Vorstössen - Sammelantrag
15. Einfache Anfragen – Beantwortungen

Verhandlungen

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, sehr geehrte Stadtpräsidentin, geschätzte Mitglieder des Gemeinderats, werte Mitglieder der Verwaltung, geschätzte Medienvertretende. Ich heisse Sie willkommen zur Sitzung vom 19. November 2020 hier in der Sporthalle Burgerbeunden. Ganz speziell möchte ich Stadträtin Marlene Oehme willkommen heissen. Sie ist heute das erste Mal bei uns und ersetzt für die EVP Ex-Stadtrat Joel Hauser. Sie sehen auf Ihren Tischen diese wunderschönen Zwiebelzöpfe. Alle von Ihnen dürfen heute Abend einen Zopf mit nach Hause nehmen. Es soll ein kleiner Trost sein, für alle abgesagten

10

Events, welche normalerweise das Jahr bereichern. Die Zöpfe sind von Iselis. Grünefelders wurden auch angefragt, sie machen aber selber keine Zwiebelzöpfe und haben deshalb ebenfalls auf Iselis verwiesen.

Der Stadtrat soll als Vertreter der Nidauer Bürgerinnen und Bürger debattieren, Argumente sollen ausgeführt werden und man soll dafür einstehen können. Die Perspektiven sind verschieden und so auch die Meinungen. Für eine lebendige Demokratie soll es Platz haben. Der Preis dafür ist wohl, dass wir heute mit der Traktandenliste nicht fertig werden und am 3. Dezember nochmals hier sitzen werden. Danke, dass Sie auch das mittragen.

Corona-Pandemie zum Dritten: Das Schutzkonzept ist eigentlich noch restriktiver, denn jetzt gilt die Maskenpflicht auch am Platz, ausser für Stadtrat Oliver Grob, er hat einen ärztlichen Dispens. Die Sitzung wird wieder höchstens drei Stunden bis 22 Uhr dauern. Alles andere ist wie gehabt. Vorstösse sollen elektronisch eingereicht werden. Nach der Sitzung werden wir wieder gestaffelt den Raum verlassen. Wenn ich in die Runde schaue - und da muss ich wirklich schauen, weil Sie so weit auseinander sitzen - würde ich sagen, dass alle 30 Stadträtinnen und Stadträte anwesend sind. Somit ist der Rat nach Artikel 20 der Geschäftsordnung beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 16 Stimmen, die 2/3 Mehrheit 20 Stimmen.

Wird die Diskussion zu aktuellen Fragen aus der Ratsmitte gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Traktandenliste wurde fristgerecht mit dem Datum vom 5. November 2020 verschickt. Gibt es Änderungsanträge? Ja, ich bitte Stadtrat Tobias Egger ans Rednerpult.

Tobias Egger, SP: Werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Gemeinderat, werte Vertreterinnen der Presse, guten Abend. Ich stelle den Antrag, dass die zwei Traktanden zum Parkplatz Strandbad und zum Mehrwertabgabereglement vorgezogen werden, und zwar, dass sie direkt nach dem Traktandum 6, Energieverbund Bielersee AG – Beteiligung, kommen. Danke.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Tobias Egger. Gibt es andere Voten aus der Ratsmitte? Dem ist nicht so. Dann stimmen wir gestützt auf Artikel 45 Absatz 3 der Geschäftsordnung darüber ab. Die Reihenfolge der Traktanden wird mit 16 Ja / 1 Nein / 13 Enthaltungen geändert. Die Beratung der Traktanden 10 und 11 erfolgt nach Traktandum 6, es werden aber die gleichen Ziffern beibehalten und auch so im Protokoll aufgelistet.

Es liegt mir eine Fraktionserklärung der Bürgerlichen Fraktion vor. Darf ich Fraktionspräsidentin Susanne Schneiter Marti bitten, uns diese vorzutragen?

Susanne Schneiter Marti, Bürgerliche Fraktion: Guten Abend. Die liberalen Nidauer Parteien FDP und PRR (Partie Radicale Romande) gestalten die Politik der Stadt Nidau ab sofort wieder gemeinsam. Nach 6-jährigem Unterbruch kehren die welschen Freisinnigen im November 2020, also jetzt, in die Bürgerliche Fraktion der FDP und der BDP zurück.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Herzlichen Dank der Fraktionspräsidentin. Gibt es eine Stellungnahme der anderen Fraktionspräsidien? Das ist nicht der Fall. Dann wünsche ich alles Gute für die Wiedervereinigung der Bürgerlichen Fraktion.

55

1. Protokoll Nr. 2 vom 17. September 2020 – Genehmigung

Ressort
Sitzung

Präsidiales
19.11.2020

60 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Wir gelangen zu Traktandum 1. Es sind bis zur gegebenen Frist keine inhaltlichen Berichtigungsanträge eingegangen. Somit stimmen wir ab.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat beschliesst einstimmig:

65 1. Das Protokoll Nr. 2 vom 17. September 2020 wird genehmigt.

2. Ratsbüro für das Jahr 2021 - Wahlen

Ressort
Sitzung

Präsidentiales
19.11.2020

nid 0.1.6.3 / 3

70 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Es geht gegen Ende des Jahres zu, 2021 steht vor der Tür, und somit auch die Wahl des Ratsbüros. Gemäss Artikel 52 der Stadtordnung und Artikel 6 der Geschäftsordnung des Stadtrates von Nidau, wählen wir heute das Ratsbüro für das Jahr 2021. Als erstes kommt das erste Präsidium des Stadtrats, also meine Nachfolge mit der Amtsdauer vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte? Ich erteile das Wort dem Fraktionspräsidenten der SVP-Fraktion.

75

SVP-Fraktion, Leander Gabathuler: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir schlagen Ihnen für das Präsidiums des Stadtrats Markus Baumann vor.

80 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Gibt es weitere Vorschläge? Sieht nicht danach aus. Wir gelangen zum ersten Vizepräsidium. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte?

SP-Fraktion, Tobias Egger: Die SP-Fraktion schlägt Ihnen Noemi Kallen vor.

85 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Herzlichen Dank. Gibt es weitere Vorschläge? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zum zweiten Vizepräsidium. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte?

Bürgerliche Fraktion, Susanne Schneiter Marti: Die Bürgerliche Fraktion schlägt Stadträtin Pauline Pauli vor.

90 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Gibt es weitere Vorschläge? Dem ist nicht so. Dann gelangen wir zur Wahl der Stimmzählerin und des Stimmzählers. Vorgeschlagen werden die beiden Bisherigen.

Stadtratsbeschluss

95 Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 52 Absatz 1 der Stadtordnung und Artikel 6 der Geschäftsordnung des Stadtrates von Nidau:

1. Für die Amtsdauer vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021 wird das Büro des Stadtrates wie folgt gewählt:
 - a) Präsidium des Stadtrats: Markus Baumann
 - 100 b) 1. Vizepräsidium des Stadtrats: Noemi Kallen
 - c) 2. Vizepräsidium des Stadtrats: Pauline Pauli
 - d) Stimmzählerin: Bettina Bongard

e) Stimmzähler: Thomas Spycher

3. Mitglied Geschäftsprüfungskommission - Ersatzwahl

Ressort
Sitzung

Präsidentiales
19.11.2020

105 nid 0.1.6.0 / 2

1. Vizepräsident, Markus Baumann: Guten Abend. Zuerst einmal wünsche ich allen Neuge-
wählten herzliche Gratulation, viel Erfolg in ihrem Amt, und viel Spass. Ich freue mich, nächstes
Jahr als Stadtratspräsident mit Ihnen im Ratsbüro arbeiten zu dürfen. Wir kommen zum Trak-
tandum 3, es geht um die Ersatzwahl der Geschäftsprüfungskommission. Da Ex-Stadtrat Joel
110 Hauser aus unserem Rat ausgetreten ist, braucht es einen Ersatz, damit die Geschäftsprüfungs-
kommission wieder vollständig ist. Die Ersatzwahl beginnt mit dem heutigen Tag und endet am
31. Dezember 2021. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte? Ich erteile das Wort Stadtrat Michael
Rubin.

115

Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin: Geschätzte Anwesende. Die Fraktion Grüne/EVP schlägt
Ihnen die aktuelle Stadtratspräsidentin Esther Kast für die GPK zur Wahl vor.

1. Vizepräsident, Markus Baumann: Danke. Gibt es weitere Vorschläge? Dann gelangen wir
120 zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 52 Absatz 3 Buchstabe b der
Stadtordnung bzw. Artikel 16 der Geschäftsordnung des Stadtrates:

- 125
1. Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission wird gewählt: Esther Kast
 2. Die Amtsdauer läuft vom 20. November 2020 bis 31. Dezember 2021.

4. Finanzplan 2020 - 2025

Ressort
Sitzung

Finanzen
19.11.2020

nid 9.1.1.0 / 5

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Wir gelangen zu Traktandum 4, dem Finanzplan 2020 –
2025. Es geht darum, diesen zur Kenntnis zu nehmen. Es handelt sich dabei um ein Planungs-
instrument des Gemeinderats. Ich erteile das Wort Gemeinderat Martin Fuhrer.

Ressortvorsteher Finanzen, Martin Fuhrer: Werte Anwesende, ich stelle gerade fest, dass es
135 das erste Mal ist, dass ich in diesem Setup spreche.

Stadtratspräsidentin Esther Kast hat es soeben erwähnt - der Finanzplan ist ein Planungsinstru-
ment. Ein Instrument, mit welchem der Gemeinderat arbeitet. Es ist ein Finanzplanungsinstru-
ment, es ist kein Projektplanungsinstrument, das ist ganz wichtig. Es spielt keine Rolle, ob im Fi-
nanzplan ein Geschäft im Jahr 2023 oder 2024 aufgeführt ist, unter dem Strich läuft es etwa auf
140 das Gleiche hinaus. Es kommt auch nicht darauf an, ob etwas mit 400 000 Franken oder mit
600 000 Franken drin ist. Es geht hier um Investitionen von über 70 Millionen Franken, welche

wir in den sechs Jahren unterbringen möchten. Es ist ein relativ unscharfes Planungsinstrument, das einfach die finanzielle Entwicklung der Gemeinde aufzeigen soll.

145 Wie funktioniert das? Wir nehmen die Rechnung 2019 und wir nehmen das Budget 2000, angepasst mit den Dingen, die wir mittlerweile schon wissen. Das Jahr 2020 läuft ja jetzt schon eine Zeit lang und wir haben gewisse Dinge, bei welchen wir mehr wissen, als wir bei der Budgetierung wussten. Und wir nehmen das Budget 2021 und rechnen aufgrund dieser Zahlen die Zukunft voraus. Eine mehr oder weniger lineare Fortschreibung mit gewissen Korrekturfaktoren.

150 Nun ist es sehr wichtig, was man für Anfangsinformationen nimmt, weil diese für die Hochrechnung linear fortgesetzt werden. Also wenn man davon ausgeht, dass wir in diesem Jahr schlecht abschliessen, dann ist nicht nur dieses Jahr schlecht, sondern das nächste Jahr auch und das übernächste und so weiter. Das heisst, dass wenn man beim Finanzplan ein klein bisschen besser rechnet, dann geht die Kurve nicht einfach hoch, sondern sie hebt sich an, oder sie senkt sich ab. Es zeigt also eine Tendenz auf, wohin es geht.

155 Was beeinflusst den Finanzplan? Wir haben im Moment zwei grosse Unbekannte, die Einfluss auf den Finanzplan haben. Das eine, man hat es bereits vermutet, ist die Covid-19-Pandemie. Wir wissen im Moment nicht, wie sich das langfristig entwickeln wird. Wir haben eine gewisse Idee, wie sich das im nächsten Jahr eventuell entwickelt, aber das ist auch nur eine Annahme. Wie das in zwei oder drei Jahren sein wird, können wir nicht voraussehen. Das Zweite, das hineinspielt, ist die AGGLOlac-Abstimmung, die nächstes Jahr – hoffentlich - stattfinden wird und einen sehr starken Einfluss auf die Finanzentwicklung in dieser Gemeinde haben wird.

160 Die üblichen Faktoren, welche einen starken Einfluss haben sind die Entwicklungen des Finanz- und Lastenausgleichs. Sie sehen die Tabelle im Finanzplan - die Entwicklung, ist im Moment gar nicht schön, sie geht steil nach oben. Hauptsächlich im Bereich Sozialhilfe, aber auch die ÖV-Kosten, die sich stark nach oben entwickeln. Nicht so stark wie letztes Jahr angenommen, insofern gibt es auch ein bisschen eine Entlastung, aber entsprechend stärker ist die Zunahme bei den Sozialkosten, auch aus bekannten Gründen. Neben diesen Faktoren spielen die Investitionskosten eine Rolle. Die Investitionstätigkeit nimmt stark zu. Wie Sie auch im Finanzplan auf der zweiten Tabelle sehen, haben wir in den letzten Jahren so gut wie nichts investiert und haben in den
170 nächsten Jahren sehr viel vor. Ein Projekt, das bereits von den Stimmberechtigten beschlossen wurde, ist der Bau des neuen Schulhauses. Sehr erfreulich, aber auch sonst wird sehr viel investiert. Wir haben eine gute Truppe in der Infrastrukturabteilung, die sehr viel umsetzen will. Natürlich ist es momentan gerade ein bisschen viel, nicht nur finanziell sondern auch personell, und wir müssen dann schauen, was wirklich herauskommt. Aber es wird sicher sehr viel investiert und
175 jede Investition schlägt sich natürlich im Finanzplan mit den Abschreibungskosten nieder. Was ist jetzt die Aussage des Finanzplans? Es ist im Moment extrem schwierig, etwas daraus zu lesen, weil wir diese grossen Unsicherheiten haben. Der Finanzplan ist eine Momentaufnahme. Es werden gewisse Annahmen getroffen. Ob diese dann wirklich so eintreten oder nicht, werden wir sehen.

180 Der jetzige Finanzplan mit den Annahmen, die wir in der aktuellen Situation haben treffen müssen, zeigt ein nicht besonders gutes Bild. Aber ich will jetzt nicht schwarzmalen. Wie gesagt, es muss nur ein bisschen anders laufen und die Entwicklung verläuft ebenfalls anders. Von dem her will ich hier jetzt nicht sagen, dass wir eine düstere Zukunft vor uns haben, auch wenn das Bild vom Finanzplan her eher negativ ist. Wir haben Eigenkapital von fast 15 Millionen Franken. Das
185 heisst wir haben einen guten Bremsweg. Falls dann wirklich etwas eintreten sollte, das nicht in unserem Sinne ist, haben wir die Möglichkeit entsprechend einzuwirken. Und noch einmal: der Finanzplan ist eine Momentaufnahme. Er war aktuell als der Gemeinderat ihn intern beraten und verabschiedet hat. Jetzt ist er schon wieder nicht mehr ganz aktuell. Mittlerweile wurde zum Beispiel der Schulhaus Neubau beschlossen. Das war dazumal noch nicht so, deshalb hat es noch

190 kein Sternchen. Es ist natürlich auch nicht so, dass wir Ihnen den Finanzplan zeigen und diesen nachher in eine Schublade legen und in einem Jahr wieder hervorholen. Die Zahlen, die dem Finanzplan zu Grunde liegen und vor allem die Annahmen, die ihm zu Grunde liegen, werden laufend überprüft, entsprechend angepasst, und wenn nötig, wird darauf reagiert. Danke.

195 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke Gemeinderat Martin Fuhrer. Gibt es Fragen oder Wortmeldungen aus dem Rat? Dem ist nicht so.

Stadtratsbeschluss

200 1. Der Stadtrat von Nidau nimmt gestützt auf Artikel 54 Absatz 2 der Stadtordnung den Finanzplan 2020 – 2025 zur Kenntnis.

5. Budget 2021

Ressort Sitzung	Finanzen 19.11.2020
--------------------	------------------------

nid 9.1.1.2 / 4

205 **Stadtratspräsidentin Esther Kast:** Wir kommen zu Traktandum 5, dem Budget 2021. Uns liegt nun das Budget mit einem prognostizierten Minus des Gesamthaushaltes von Fr. 4 895 563.95 vor. Also ich betone, diese 95 Rappen, die finde ich ganz spannend. Als einzig grünes Licht leuchtet sinnbildlich die Elektrizität, mit einem Plus von 1 537 851 Franken. Die Zahlen an sich sind nicht gross anders als im letzten Jahr. Der grösste Verlust von 440 000 Franken wird durch ein Plus von 300 000 Franken bei der Elektrizität aufgefangen, wenn ich das richtig gelesen habe. Ich
210 möchte hier gerne den Erläuterungen des Budgets, nochmals von Gemeinderat Martin Fuhrer, zuhören.

Ressortvorsteher Finanzen, Martin Fuhrer: Gut, ich bin froh, hat Stadtratspräsidentin Esther Kast bereits von Zahlen geredet, denn ich will hier nämlich nicht von Zahlen sprechen, oder nur
215 von ganz wenigen. Es wurde bereits in früheren Budgetdiskussionen gesagt, dass man unserem Budget die finanzpolitische Strategie nicht ansehe. Deshalb habe ich die Überlegung gemacht, was heisst Finanzpolitik? Finanzpolitik ist nicht das Budget. Das Budget ist die Knochenarbeit, die es für das Tagesgeschäft dieser Gemeinde braucht. Die Finanzpolitik geschieht an einem ganz anderen Ort. Zum Beispiel, wenn man sich entscheidet, eine Seewassernutzung nicht selber zu machen, weil das eine finanzielle Last wäre, welche die Gemeinde nicht tragen will. Sie passiert zum
220 Beispiel dort, wo man die Anliegen einer Kita-Initiative so umsetzt, dass es für die Gemeinde finanziell tragbar ist und dass es eine Limitierungsmöglichkeit gibt, falls diese notwendig werden würde. Oder die Finanzpolitik liegt zum Beispiel darin, dass man bei einem Reglement über die Mehrwertabgabe die Parameter so setzt, dass diese finanzpolitisch sinnvoll sind.

225 Wie entsteht ein Budget? Wir haben verschiedene Teile des Budgets. Wir haben einen ganz grossen Teil, den Finanz- und Lastenausgleich, bei welchem der Kanton die Vorgaben macht. Da haben wir gar nichts dazu zu sagen. Diese Zahlen bekommen wir geliefert. Ende Jahr gibt es eine Rechnung, oder Mitte Jahr, und irgendwann gibt es noch eine Korrektur, weil der Kanton das nicht genau budgetieren kann, weil das einfach nicht möglich ist. Dort haben wir keinen Handlungsspielraum. Das sind Kosten, die wir übernehmen müssen, ob wir wollen oder nicht.
230 Dann gibt es einen zweiten Teil, das sind Dinge, welche wir als Gemeinde einfach machen müssen. Wir müssen zum Beispiel Schule geben. Das ist keine freiwillige Aufgabe. Wir müssen Abwasser abführen, und so weiter. Auch dort haben wir keinen Handlungsspielraum. Dann haben

wir einen dritten Bereich, welcher freiwillige Aufgaben beinhaltet. Ich sage «freiwillig» in Anführungszeichen. Zum Beispiel Schulsozialarbeit, Ferienbetreuung, das sind Dinge, die wir als Nidauerinnen und Nidauer gewählt haben. Dinge, die Sie als Stadtrat uns in Auftrag gegeben haben, bei denen der Gemeinderat keinen Spielraum hat. Schliesslich gibt es einen relativ kleinen Teil, bei dem der Gemeinderat Spielraum hat. Das ist dort, wo die Abteilungen sagen, was sie in diesem Jahr machen wollen oder sollten. Zum Beispiel kommt der Bereich Hochbau und sagt, man sollte die Turnhalle des Balainen Schulhauses endlich streichen. Da kann der Gemeinderat sagen, das muss nicht sein. Dort besteht ein gewisser Spielraum.

Alle Dinge zusammenzählt wären wir im diesjährigen Budgetprozess auf ein Defizit von 5,7 Millionen Franken gekommen. Im Gemeinderat haben wir gesagt, dass das absolut tragbare Maximum 4,5 Millionen Franken Defizit beträgt. Also ging es darum 1,2 Millionen Franken irgendwo herzuholen. Und jetzt sind wir definitiv nicht mehr bei der Finanzpolitik, sondern das ist die Knochenarbeit. Das heisst, man geht mit allen reden und schaut, wo noch ein wenig eingespart werden könnte. Muss diese Turnhalle wirklich gestrichen werden? Und wenn es heisst «nein muss nicht wirklich sein» dann verschiebt man es noch einmal. Und so haben wir es geschafft, das Budget zu erreichen, welches wir Ihnen hier vorlegen. Ich spreche jetzt vom allgemeinen Haushalt, weil dieser steuertechnisch interessant ist. Das Andere sind Spezialfinanzierungen, welche in sich geschlossen sind, diese sind weniger ein Thema. So haben wir es geschafft, auf ein Defizit von, ich sag in Anführungszeichen, «nur» noch 4,5 Millionen Franken zu kommen. Fazit: Wir haben den Spielraum ausgenutzt, es gibt keinen Spielraum mehr.

Auf der anderen Seite haben wir Steuereinnahmen. Steuereinnahmen werden so berechnet, dass man das Vorjahr betrachtet, dass man die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung betrachtet, dass man die laufenden Rechnungen betrachtet und mit allen berücksichtigten Faktoren eine Prognose macht, wie sich das in Zukunft entwickeln wird. Was in diesem Jahr wirklich erschwerend dazu kommt ist einmal mehr Covid-19. Wir sind überzeugt, dass die Pandemie einen Einfluss auf die Steuern haben wird, wir wissen aber nicht welchen. Wir haben uns ein einfaches und nachvollziehbares Modell zurechtgelegt. Wir gehen davon aus, dass 50 Prozent der Leute kurzarbeiten. Kurzarbeit heisst 20 Prozent Umsatzeinbussen. Bei 50 Prozent heisst das auch 10 Prozent weniger Steuern. Wir gehen jetzt aber davon aus, dass die Hälfte dieser Leute keine Lohneinbussen hat, sondern dass die Lohneinbussen von ihrem Betrieb kompensiert werden. Also sind wir bei 5 Prozent weniger. Entsprechend haben wir 5 Prozent weniger Steuereinnahmen budgetiert bei den natürlichen Personen. Das deckt sich fast mit den Prognosen des Kantons. Der Kanton ist ein klein bisschen weniger pessimistisch. Im Kantonsschnitt haben wir aber auch ein eher tiefes Steuereinkommen. Ich erzähle immer wieder davon, das Hoch ist irgendwo bei 84 bis 86 Prozent, also sind wir deutlich unter dem Durchschnitt des Kantons. Bei den juristischen Personen sind wir von 10 Prozent weniger ausgegangen. Der Kanton geht dort von deutlich schlechteren Zahlen aus. Bei uns ist es allerdings so, dass unser grösster Steuerzahler nicht direkt negativ von der Pandemie betroffen ist. Wir gehen also davon aus, mit diesen 10 Prozent rechnen zu können. Aber Sie hören es: Das ist ein raten, ein vermuten. Wir werden es im Verlaufe des nächsten Jahres sehen. Wir gehen davon aus, dass wir zu diesen Zahlen stehen können, dass sie nachvollziehbar sind. Ob sie plausibel sind, wird sich zeigen.

Wenn wir alles zusammenrechnen, kommen wir auf Mindereinnahmen von rund 650 000 Franken. Wenn wir diese 650 000 Franken nicht abrechnen müssten, dann hätten wir heute ein besseres Budget, als das letztjährige. Insofern ist der Gemeinderat der Überzeugung, dass es durchaus ein Budget ist, zu dem man stehen kann.

Ich möchte noch etwas zur Budgetpraxis sagen. Wir haben im Bericht geschrieben, dass wir von der bisherigen Budgetpraxis abweichen. Das hat teilweise zu Missverständnissen geführt. Wir ha-

ben nicht eine komplett neue Budgetpraxis. Wir sind einfach ein bisschen davon abgewichen, immer den pessimistischsten Fall anzunehmen. Wenn es möglich gewesen wäre, eine radikale Kursänderung zu machen und ein Budget vorzulegen, das auf den Rappen genau stimmen würde, dann hätten wir das schon lange gemacht, aber das ist schlicht nicht möglich. Ich habe hier auch
285 schon mehrfach erklärt, wieso das nicht möglich ist.

Wir haben lediglich leichte Korrekturen gemacht. Wir sind hier auch mehrfach vom Stadtrat kritisiert worden, dass wir zum Beispiel beim Personalaufwand deutlich überschossen und immer wieder überschossen. Wir haben auf Sie gehört und dort ein bisschen Luft rausgelassen. In den kleinen Bereichen haben wir rund 230 000 Franken tiefer budgetiert. Wir gehen immer noch davon
290 aus, um nahezu 3 Millionen Franken besser abzuschliessen als budgetiert und Sie können die Zahl von 4,5 Millionen Franken Defizit in diesem Kontext ansehen.

Es ist übrigens gar nicht so einfach, beim Personalaufwand ein bisschen tiefer zu budgetieren. In der Rechnung sieht das schön aus, dort ist der Personalaufwand um 700 000 Franken überschossen. Aber der Personalaufwand, das sind 80 verschiedene Konten. Und welches von diesen 80 wir
295 dann überschossen werden, ist schwer vorherzusagen.

Zusammengefasst ist es uns bewusst, dass wir hier ein hohes Defizit vorlegen. Aber das Defizit ist auch mit grossen Unsicherheiten behaftet. Ich habe es erwähnt, ich weiss nicht wie stark, dass uns Covid-19 treffen wird. Ich gehe davon aus, dass wir dort auf der guten Seite sind. Was mir mehr Sorgen bereitet ist längerfristig, aber das ist nicht Teil vom jetzigen Budget. Es wäre jetzt
300 auch nicht der richtige Zeitpunkt irgendwelche drastischen Massnahmen zu ergreifen. Wie gesagt, den Spielraum haben wir ausgenutzt. Wenn man mehr holen will, dann müsste man wirklich mit drastischen Mitteln kommen. Aber wie gesagt, ich finde es ist nicht der richtige Zeitpunkt dafür. Wir haben in der Vergangenheit auch nie negativ abgeschlossen. Also wäre es sicher der falsche Zeitpunkt, jetzt aus Angst es könnte eventuell dann nächstes Jahr schlecht sein, mit der groben
305 Keule dahinter zu gehen.

Die Strategie ist es, mit dem Budget so zu fahren und dann zu schauen, wie sich 2021 entwickelt. Wir können uns auch noch ein schlechteres Ergebnis leisten, als wir uns erhoffen. Wir haben viel Eigenkapital, was uns einen Bremsweg ermöglicht. Selbstverständlich ist es nicht das Ziel, das Eigenkapital aufzubauchen. Aber es gibt uns Sicherheit, damit wir so vorgehen zu können.
310 Als Fazit, es ist kein schönes, aber ein solides Budget. Ein Budget, das man annehmen kann. Selbstverständlich will ich Ihnen auch nicht vorschreiben, dass Sie das annehmen müssen. Sie können es ablehnen, wenn Sie wollen. Was für den Gemeinderat extrem wichtig wäre falls Sie ablehnen, wäre zu wissen, weshalb Sie ablehnen. Was müsste in Ihren Augen anders sein? Wie gesagt, der Spielraum ist eigentlich aufgebraucht, es gibt zwei Massnahmen. Wir können die Ein-
315 nahmen anpassen, sprich die Steuern erhöhen, oder wir können die Ausgaben anpassen, sprich Leistungen abbauen. Zum Beispiel das Strandbad nächstes Jahr nicht öffnen, Bibliotheken schliessen, extrem unpopuläre Dingen, bei welchen ich das Gefühl habe, dass diese nicht verantwortbar wären ohne jemals einen negativen Abschluss gehabt zu haben oder zu beschliessen.

Was würde passieren, wenn das Budget abgelehnt würde? Dann hätte die Stadt Nidau ab dem 1.
320 Januar 2021 kein Budget mehr. Die Gemeinde dürfte nur noch Ausgaben tätigen, die zwingend notwendig sind. Also sicher würden wir Löhne zahlen, sicher würden wir den Schulbetrieb aufrechterhalten, aber zum Beispiel die Bibliothek dürfte keine neuen Bücher mehr kaufen. Das ist nicht unumgänglich. Die Jugendarbeit dürfte keine Projekte mehr durchführen. Das ist auch nicht unumgänglich. Und so weiter. Wäre vielleicht eine spannende Situation, aber keine lustige Situation.
325 tion. Darum bitte ich Sie, stimmen Sie diesem Budget zu. Ich bin mir bewusst, es ist nicht ein wunderschönes Budget, aber der Gemeinderat kann dahinterstehen und empfiehlt Ihnen das Budget so zur Annahme.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Gemeinderat Martin Fuhrer für die Ausführungen.
330 Ich bitte für die Geschäftsprüfungskommission Stadträtin Pauline Pauli nach vorne zu kommen.

Sprecherin GPK, Pauline Pauli: Guten Abend. Die GPK anerkennt die Schwierigkeit – insbesondere in dieser speziellen Zeit - ein genaues Budget zu erstellen und anerkennt, dass das Budget so realistisch wie möglich erstellt wurde. Sie stellt fest, dass das Investitionsprogramm ambitioniert ist. Die GPK überweist das Geschäft einstimmig dem Stadtrat.
335

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke. Wir beginnen mit der Sozialdemokratischen Fraktion, dann folgt die Bürgerliche Fraktion, dann die Fraktion Grüne/EVP und am Schluss noch die SVP-Fraktion. Ich bitte Stadtrat Tobias Egger ans Rednerpult.
340

SP-Fraktion, Tobias Egger: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Wortmeldung hat zwei Teile. Zuerst spreche ich im Namen der SP-Fraktion, anschliessend möchte ich eine persönliche Meinung einfließen lassen. Die SP-Fraktion begrüsst es, dass in Anbetracht der Krise und der allgemein unsicheren Lage, ein stabiler Kurs gefahren wird. Uns ist aber sehr wohl bewusst, sollten die negativsten Erwartungen eintreffen, müsste früh informiert werden damit gemeinsam, über die Parteilinien hinaus, eine Lösung gefunden werden könnte. Dabei sehen wir alle Parteien in der Pflicht und wir wünschen uns, dass eine zweckmässige Lösung gefunden werden könnte, und wir würden für eine solche auch Hand bieten. Es erscheint uns richtig, dass die Bevölkerung in dieser schwierigen Zeit nicht noch zusätzlich mit einem Leistungsabbau belastet wird.
345

Jetzt meine persönliche Bemerkung: Wir haben im Jahr 2016 das erste Mal die Steuern gesenkt, dies um einen Steueranlagezehntel. Damals vor allem auch mit der Begründung, dass wir ein grosses Eigenkapital haben, und das auch ein wenig anbrauchen können. Seitdem ist es aber nicht so herausgekommen. Das Eigenkapital ist eigentlich nur gewachsen, wir sind heute sogar deutlich höher als dazumal. Jetzt haben wir eine Krise vor Augen, die sicher gerade in Nidau viele überdurchschnittlich treffen wird. Wir sind eine kleine Gemeinde mit viel Kleingewerbe, das zum Teil stark von den Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie betroffen ist. Wenn es einen Moment gibt, wo man auch einmal ein bisschen bluten darf, wo man mal negativ abschliessen darf, und Verluste machen darf, um somit die Bevölkerung zu entlasten und nicht zusätzlich zu belasten, sei das mit einer Steuererhöhung oder mit einem Leistungsabbau, dann ist das jetzt dieser Moment. Aus diesem Grund bitte ich alle, dieses Budget anzunehmen. Und zwar nicht aus irgendeinem Grund - und weil die Lage so unsicher ist, nicht irgendwie dem Gemeinderat sagen wollen er hätte zu wenig gemacht - nein, jetzt müssen Sie das annehmen als Zeichen ans Volk. Wir haben jetzt über die Jahre hinweg so viel gespart, jetzt können wir das Geld, das der Bevölkerung zusteht auch brauchen und schauen, dass wir gemeinsam durch die Krise kommen. Danke vielmals.
350
355
360

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Tobias Egger. Für die Bürgerliche Fraktion wird Stadträtin Pauline Pauli sprechen.
365

Bürgerliche Fraktion, Pauline Pauli: Die Mehrheit der Bürgerlichen Fraktion enthält sich und wird einen Änderungsantrag unterbreiten.
370

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke. Für die Fraktion Grüne/EVP spricht Stadtrat Michael Döhrbeck zu Ihnen.

Fraktion Grüne/FDP, Michael Döhrbeck: Werte Präsidentinnen des Stadtrats und der Stadt, geschätzte Anwesende. Die Fraktion Grüne/EVP begrüsst es, dass das Budget basierend auf den
375

Erfahrungen der letzten Jahre nun realistischer sein soll. Wenn das tatsächlich so ist, dann muss die Warnung im Investitionsplan, dass der aktuelle Steuersatz auf Dauer dann plötzlich nicht mehr reicht, umso ernster genommen werden. Für 2022 ist von daher zu überlegen, ihn wieder
380 auf 1,8 zu erhöhen. Unsere Fraktion will im Frühsommer einen entsprechenden Vorstoss einreichen, um das zu prüfen.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Michael Döhrbeck. Es spricht Stadtrat Oliver Grob für die SVP-Fraktion.

385

SVP-Fraktion, Oliver Grob: Werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Gemeinderat. Die SVP-Fraktion warnt seit Jahren vor der zunehmend ausufernden Finanzpolitik und dem immer kleiner werdenden Handlungsspielraum der Gemeinden. Die immer düsterer werdenden Tendenzen scheinen jetzt in der Krise effektiv einzutreten. Im Hinblick auf die Finanzierung der anstehenden Investitionen und der Totalverschuldung von, bis dann, fast 100 Millionen Franken, wird so auch entsprechend hohe Zinsen mit sich bringen. Dennoch sind im Budget sowie im Finanzplan völlig überbeuerte Projekte drin, wie zum Beispiel die Verkehrsberuhigung, welche einfach mal 2 Millionen Franken kostet. Oder 1/3 Millionen Franken für die Neugestaltung vom Innenhof der Verwaltung. Hier muss endlich mal der Pfad des Wünschenswerten verlassen werden und auf den
390 Pfad des Notwendigen zurückgekehrt werden. Der Gemeinderat sollte vielleicht einmal die rosa Brille ablegen und mit dem Blick eines KMU auf die Sache schauen und sich fragen, was es wirklich braucht und was weggelassen werden kann. Scheinbar nimmt der Gemeinderat das alles aber eher schulterzuckend in Kauf und gelangt mit seinen Geschäften, die immer wieder erhebliche Mehrkosten verursachen, zusätzlich ins Stehen. Allerdings muss man sagen, dass nicht alle Geschäfte vom Gemeinderat selber kommen, sondern auch von der linken Ratsmehrheit entsprechende Vorlagen eingereicht werden. Auch wenn es vielleicht am Ende, wie es Gemeinderat Martin Fuhrer angekündigt hat, nicht so schlimm wird und so ist, wie es die Vergangenheit häufig gezeigt hat, warnen wir eindringlich, dass auf diese Art nicht länger eine Misswirtschaft betrieben werden kann. Sofern nicht entsprechende Anträge angenommen werden, wird die SVP das
400 Budget aus Protest ablehnen. Danke.

405

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Oliver Grob. Als Erstes werden wir den Vorbericht beraten, das sind Seiten 1 bis 21, damit diesbezüglich allfällige Fragen beantwortet werden können. Dann gehen wir das Budget der Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung durch.
410 Das heisst, es wird jeweils über den ganzen Bereich der jeweiligen Nummer von 0 bis 9 befunden. Bei diesen Teilen geht es darum, Fragen zu klären und Änderungsanträge zu stellen. Über allfällige Änderungsanträge stimmen wir dann jeweils direkt ab.

Zum Vorbericht: Gibt es Fragen aus der Ratsmitte zum Vorbericht? Dem ist nicht so. Dann kommen wir jetzt zur Erfolgsrechnung. Gibt es Fragen, Anmerkungen? Ich erteile das Wort Stadträtin
415 Susanne Schneiter Marti.

Bürgerliche Fraktion, Susanne Schneiter Marti: Die Bürgerliche Fraktion hat einen Änderungsantrag. Die Frage ist, wann wir den stellen können? Es ist die Änderung eines Beschlusspunktes.

420

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Ich möchte zuerst die Dokumente durchgehen, anschliessend gerne. Gibt es andere Änderungsanträge? Wir kommen zur Erfolgsrechnung. Punkt 0, allgemeine Verwaltung, Seite 20 bis 26. Gibt es hier Änderungsanträge oder Fragen? Nein. Dann kommen wir zu Posten 1, öffentliche Ordnung, Seite 26 bis 28-Mitte. Fragen oder Änderungsanträge?

425 Posten 2, Bildung, Seite 28 bis 33? Posten 3, Kultur, Sport, Freizeit, Kirche, 34 bis 40-Mitte? Pos-
ten 4, Gesundheit, Seite 40 bis 41-Mitte? Posten Soziales und Sicherheit, Seite 41 bis 47-Mitte?
Posten 6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Seite 47 bis 50-Mitte? Posten 7, Umweltschutz
und Raumordnung, Seite 50 bis 54? Posten 8, Volkswirtschaft, Seiten 55 bis 56-etwa 2/3 davon?
Und Posten 9, Finanzen und Steuern, 56 bis Schluss? Gibt es andere Fragen oder Änderungsan-
430 träge? Ja, Stadträtin Tamara Münger.

Bürgerliche Fraktion, Tamara Münger: Guten Abend. Die Bürgerliche Fraktion stellt den An-
trag, die Liegenschaftssteuer für das Steuerjahr 2021 von aktuell 1,5 neu auf 1,4 Promille zu sen-
ken. Seit Jahren schöpft die Stadt Nidau mit der Liegenschaftssteuer von aktuell 1,5 Promille das
435 gesetzliche Maximum ab. Mit der vorgeschriebenen Anpassung des amtlichen Wertes durch den
Kanton für das Steuerjahr 2020 sind je nach Wert die Steuern erneut gestiegen. Mit dieser Sen-
kung soll ein kleiner Ausgleich geschaffen werden.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadträtin Tamara Münger. Gibt es andere Voten?
440 Oder möchte jemand Stellung nehmen? Gemeinderat Martin Fuhrer.

Ressortvorsteher Finanzen, Martin Fuhrer: Das ist jetzt ein bisschen eine Vorwegnahme des
Postulats, welches Stadträtin Tamara Münger eingereicht hat und das Sie uns überwiesen haben.
In der Antwort äusserte der Gemeinderat, dass dies im Hinblick auf das Budget 2022 überprüft
445 und behandelt werde. Jetzt kommt die Frage ein bisschen früher. Der Gemeinderat hat sich nicht
zu dem beraten, also kann ich hier nicht die Meinung des Gemeinderats wiedergeben, werde aber
meine persönliche Meinung dazu wiedergeben. Ich deklariere, ich selber bin nicht Liegenschafts-
besitzer, das betrifft mich nicht. Ich kann also völlig ergebnisoffen dazu Stellung nehmen.
Ich kann die Forderung nachvollziehen. Die Liegenschaftsbesitzer müssen mehr Steuern bezah-
450 len, obwohl sie nichts Neues haben. Warum?

Kurz ein Wort zur Liegenschaftssteuer generell. Es gibt keine Bundesliegenschaftssteuer, das ist
eine kantonale oder kommunale Geschichte. Jeder Kanton macht es ein bisschen anders. In Solo-
thurn gibt es keine Liegenschaftssteuer. Im Kanton Thurgau zieht der Kanton die Liegenschafts-
steuer ein. Im Kanton Wallis ist es eine Gemeindeangelegenheit und im Kanton Bern ist es freiwil-
455 lig. Die Berner Gemeinde darf die Liegenschaftssteuer einziehen, wenn sie will, aber sie muss
nicht. Stadträtin Tamara Münger hat es bereits erwähnt, sie darf nicht mehr als 1,5 Promille des
amtlichen Wertes betragen. Also sind wir dort seit Jahren am obersten Maximum. Die Liegen-
schaftsbesitzer haben die Verfügung bekommen, sie wissen, was das bedeutet. Ich kenne es im
Detail nicht und die Gemeinde hat die Schlussrechnung nicht, was es ausmacht. Wir haben eine
460 Hochrechnung, die besagt, dass durch diese Erhöhung des amtlichen Wertes rund 230 000 Fran-
ken zusätzlich in die Staatskasse kommen sollen. Wir gehen davon aus, dass es alles in allem
zirka 200 000 Franken ausmacht. Im Moment nehmen wir zirka 1,5 Millionen Franken Liegen-
schaftssteuer ein pro Jahr. Das heisst, 200 000 Franken sind etwa 0,2 Promille.

Im Budget haben wir 100 000 Franken budgetiert, da wir zu dem Zeitpunkt die Festlegung des
465 Kantons noch nicht kannten. Wenn Sie jetzt diesem Antrag zustimmen, dann heisst das eigent-
lich, dass das dem Budget entspricht. Also wir müssten auf Grund dieses Antrags das Budget
nicht anpassen. Ich sage es noch einmal, das ist keine Gemeinderatsmeinung, sondern das ist
meine persönliche Meinung. Man kann dem zustimmen oder nicht, das ist ein rein politischer Ent-
scheid, das überlasse ich Ihnen.

470

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Gemeinderat Martin Fuhrer für die Ausführungen. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann gelangen wir jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag.

475 Der Änderungsantrag, die Liegenschaftssteuer zu senken, wird mit 14 Ja / 14 Nein / 2 Enthaltungen mit Stichentscheid des Vorsitzes abgelehnt.

Gibt es weitere Änderungsanträge? Dem ist nicht so. Dann kommen wir jetzt zur Schlussabstimmung. Gemeinderat Martin Fuhrer, möchten sie nochmals das Wort? Auch nicht.

480 **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 14 Ja / 10 Nein / 6 Enthaltungen gestützt auf Artikel 6 Absatz 2 und 3 des Reglements über die Übertragung der Aufgaben in den Bereichen Feuerwehr und Gemeindeführung in Katastrophen und Notlagen:

- 485 1. Die Feuerwehrdienstersatzabgabe für das Jahr 2021 wird auf 10.5% des einfachen Steuerbetrages festgesetzt.
2. Die Ersatzabgabe beträgt mindestens CHF 40.00 und darf den vom kantonalen Recht festgelegten Höchstsatz nicht überschreiten.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

490 Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 14 Ja / 10 Nein / 6 Enthaltungen gestützt auf Artikel 55 Buchstabe e der Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Artikel 35 der Stadtordnung:

- 495 1. Das mit einem Gesamtaufwandüberschuss von CHF 4 895 563.95 (Allgemeiner Haushalt: CHF 4 488 086.95; Spezialfinanzierungen: CHF 407 477.00) abschliessende Budget für das Jahr 2021 wird genehmigt.
2. Im Jahre 2021 werden folgende Gemeindesteuern erhoben:
 - a. Auf den Gegenständen der Staatssteuern (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital) das 1,7fache der kantonalen Einheitsansätze.
 - b. Eine Liegenschaftssteuer von 1,5 ‰ des amtlichen Wertes.
- 500 3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

6. Seewassernutzung / Beteiligung am Energieverbund Bielersee AG

Ressort
Sitzung

Präsidentiales
19. November 2020

nid 7.8.0 / 1

505 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Wir gelangen zu Traktandum 6 Energieverbund Bielersee AG. Es geht um eine Beteiligung der Stadt Nidau am künftigen Energieverbund Bielersee, wofür wir über ein Eigenkapital von 3 Millionen Franken befinden werden. Ein Traktandum, das uns in den letzten Jahren sehr viel Energie gekostet hat. Vielleicht sehen wir es jetzt zu einem guten Abschluss kommen. Ich gebe das Wort Stadtpräsidentin Sandra Hess.

510 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte. Ich freue mich, dass ich Ihnen dieses Geschäft heute Abend vorlegen kann, weil es bedeutet, dass das Projekt Seewassernutzung jetzt so konkret ist, dass wir über eine Beteiligung befinden können. Sie haben die sehr umfangreiche Vorlage, die sie bekommen haben,

mit all den Aspekten, die sich mit dem vielschichtigen Vorhaben ergeben, lesen können. Deshalb möchte ich nur noch die aus strategischer Sicht wichtigen Punkte erläutern.

Der ESB hat vor kurzem die Energieverbund Bielersee AG gegründet. Das Aktienkapital beträgt 10 Millionen Franken. Wir stellen heute Abend den Antrag, dass sich Nidau mit 3 Millionen Franken an der AG beteiligt. Das hätte eine Aktienkapitalerhöhung von total 13 Millionen Franken zur Folge und Nidau hätte somit einen Anteil von 23 Prozent an dieser AG.

Von diesen 3 Millionen Franken würde Nidau eine Sacheinlage von 135 000 Franken einbringen. Dies für die Grundlage, welche Nidau in einer früheren Phase erarbeitet hat und vom ESB übernommen werden konnte. Im Verwaltungsrat der Energieverbund Bielersee AG wird Nidau künftig zwei Verwaltungsratssitze haben. Es ist auch vorgesehen, dass sich dort in einem nächsten Schritt, wenn das gewünscht ist, die Burgergemeinde Nidau an dieser AG beteiligen wird. Das ist aber noch nicht beschlossen. Aber wenn dies wiederum erfolgen würde, dann gäbe es wieder eine Aktienkapitalerhöhung und dann würde auch die Zusammensetzung des Verwaltungsrats angepasst. Sicher ist, dass die beiden Sitze für die Stadt Nidau im Verwaltungsrat garantiert bleiben. Sie haben gesehen, das Vorhaben hat eine grosse finanzielle Dimension angenommen. Diejenigen unter Ihnen, die schon länger im Rat sind, können sich noch daran erinnern, dass man ganz am Anfang von einer Investition von 17 Millionen Franken gesprochen hat, später waren es 25 Millionen Franken, heute handelt es sich um eine Investitionssumme von 46 Millionen Franken. Der Nutzen für die Stadt Nidau und auch für das angrenzende Stadtgebiet von Biel ist genauso eindrücklich wie diese Zahl.

Wie sie auf dem Plan sehen, könnten weite Teile der Stadt Nidau künftig mit erneuerbaren Energien versorgt werden. Synergien, zum Beispiel mit der Holzschnitzelheizung der Burgergemeinde Nidau, können genutzt werden und sogar die Verbindung oder die Integration von weiteren Wärmeverbänden ist möglich.

Ich freue mich sehr, dass das Projekt vor der Realisierung steht und ich bin der Meinung, dass eine Beteiligung der Stadt Nidau an dem Projekt eine gute und zukunftsorientierte Investition ist. Es ist eine Investition in eine nachhaltige Energieversorgung, welche sich auch finanziell lohnt. Für die Stadt geht das allerdings sehr lange, das haben Sie gesehen. Aber das ist jetzt für einmal nicht der Punkt. Der Punkt ist nämlich, dass wir unseren Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Angebot machen können. Das Angebot eines Anschlusses an einen Wärmeverbund, welcher nicht nur klimafreundlich, sondern auch äusserst komfortabel für Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer sein wird. Sie brauchen nämlich, ein wenig einfach ausgedrückt, nur noch eine Leitung, um alles Andere müssen sie sich nicht mehr kümmern.

Die Rechnung geht aber auch für die AG auf. Die Wirtschaftlichkeit des Projekts ist gegeben, und das sagt nicht nur der ESB, das ist auch das Ergebnis einer unabhängigen Wirtschaftsprüfung, welche dieses Projekt auch unter die Lupe genommen hat. Zu sagen ist auch, dass die Annahmen sehr defensiv getroffen wurden. Sie haben es vielleicht gesehen, zum Beispiel das Gebiet AGGLO-lac ist nicht miteingerechnet, und zwar aus dem einfachen Grund, weil die Umsetzung zum jetzigen Zeitpunkt, wo wir diese Wirtschaftlichkeitsrechnung machen müssen, nicht verbindlich gesichert ist. Ob die Rechnung aber dann am Schluss wirklich aufgeht, das liebe Stadträtinnen und Stadträte, hängt natürlich davon ab, wie schnell wie viele Bezüger wieviel Leistung einkaufen werden. Der Anschluss an den Wärmeverbund Bielersee AG wird grundsätzlich freiwillig für die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer sein. Es ist aber mit einem wenn verbunden, welches wir in der Ortsplanungsrevision festgelegt haben. Entweder es kann eine autarke Lösung gefunden werden und wenn nicht, schliesst man sich einem Wärmeverbund an. Das muss natürlich nicht zwingendermassen an den der Bielersee AG sein, in den meisten Fällen wird das aber hoffentlich so sein.

Die AG wird jetzt vorwärts machen, die AG wird die nötige Kraft haben, die finanziellen Mittel haben, das Knowhow haben, die Agilität haben, dass wir unserer Bevölkerung sehr schnell Energieversorgung aus nachhaltigen Quellen bieten können. Nidau kann die Geschäftspolitik der AG mitsteuern und das Risiko bleibt nicht nur kalkulierbar, sondern auch limitiert. Alles in allem, liebe Stadträtinnen und Stadträte, sind wir der Meinung, dass es für einmal eine klassische Win-Win Situation ist, und darum empfehlen wir Ihnen, packen wir es an.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Ich danke Stadtpräsidentin Sandra Hess für ihre Ausführungen. Ich bitte jetzt, dass für die Geschäftsprüfungskommission Stadtrat Leander Gabathuler zu uns spricht.

Sprecher GPK, Leander Gabathuler: Die GPK hat das Geschäft sehr detailliert geprüft und empfiehlt es einstimmig an den Stadtrat zu übergeben. Wir haben die folgenden Bemerkungen: Die GPK stellt fest, dass die Verträge sauber aufgesetzt worden sind, und soweit wir das beurteilen können, rechtlich einwandfrei erscheinen. Der Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat ist sehr umfassend und enthält alle wichtigen Informationen. Es besteht die Aussicht auf eine zwar sehr kleine Dividende, welche aber mit dem Ausbau des Projekts Potenzial hat, deutlich grösser zu werden. Mit dem vorliegenden Projekt wird Nidau Mitträgerin und Mitfinanziererin von einem wegweisenden Energieprojekt.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Herzlichen Dank Stadtrat Leander Gabathuler. Es spricht zuerst die Fraktion Grüne/EVP, dann die SVP-Fraktion, dann die Sozialdemokratische Fraktion, und am Schluss die Bürgerliche Fraktion. Ich bitte Stadtrat Paul Blösch uns kund zu tun, was die Fraktion Grüne/EVP zu diesem Geschäft meint.

Fraktion Grüne/EVP, Paul Blösch: Guten Abend. Die Fraktion Grüne/EVP begrüsst die Beteiligung von Nidau am Energieverbund und stimmt den 3 Millionen Franken zu, mit denen sich Nidau an der AG beteiligen wird. 3 Millionen Franken liegen gerade noch in der Kompetenz des Stadtrats, einen höheren Betrag bräuchte ja dann eine Volksabstimmung.

Ein bisschen enttäuscht sind wir von der geringen Höhe der Sacheinlage von 135 000 Franken. Mit diesen will man Nidau entlohnen, für die Vorarbeiten zum Projekt und zum Konzessionsgesuch. Seiner Zeit schien es sich um einen deutlich höheren Betrag zu handeln. Naja dann, wir sind froh, dass sich die Turbulenzen und Misstöne der letzten Jahre zu dieser Angelegenheit gelegt haben und dass wir mit dem Geschäft nun wirklich vorwärts gehen können. Die Fraktion stimmt dem Gemeinderatsantrag einstimmig zu. Danke.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Paul Blösch. Es spricht für die SVP-Fraktion Markus Baumann.

SVP-Fraktion, Markus Baumann: Liebe Anwesende, es geht wieder einmal ums Seewasser. Die SVP ist erfreut, dass der Gemeinderat die überparteilich eingereichte und unterstützte Motion erfüllt hat und die Grundlagen für eine Entscheidung geschaffen hat. Herzliche Gratulation. Wir haben jetzt die Wahl 3 Millionen Franken in die AG zu investieren und durch das, dieses wegweisende, politisch unbestrittene Projekt auch finanziell mittragen zu können, ohne jedoch die Hauptrisiken tragen zu müssen oder die Projektleitung stemmen zu müssen. Zu einem späteren Zeitpunkt steht es der Stadt Nidau frei, den Anteil zu erhöhen oder zu verringern. Das investierte Geld ist also gar nicht verloren.

Da der Betrieb der Anlage selbst unter konservativen Annahmen eine Rendite generiert, ist die Investition für die SVP vertretbar. Auch wenn wir andere Fernwärmenetze heranziehen, so zeigt sich, dass das operative Business, der Verkauf von Wärme und Kälte, sehr rentabel ist und mit praktisch jeder Erweiterung des Netzes, die sehr hohen Grundinvestitionen in die Zentrale sehr schnell amortisiert werden können.

Wenn man in Betracht zieht, dass auch das Nidauer Fernwärmenetz ein beträchtliches Ausbaupotenzial hat, kreierte es entsprechend auch das Potenzial für höhere Dividenden, sprich Gewinn, für die Stadt Nidau. Allerdings müssen wir uns dafür wohl relativ lange gedulden, weil der Zeitpunkt für den Anschluss von Grosskunden wie zum Beispiel dem Campus noch unsicher ist.

Wie der Gemeinderat richtig festgestellt hat, ist das auf absehbare Zeit aber kein Geschäft, um Gewinn zu machen, sondern um Einflussmöglichkeiten innerhalb der AG zu erhalten. Wie zum Beispiel mit der Gestaltung der Preispolitik und einem partnerschaftlichen Betrieb vom Netz zusammen mit dem ESB und womöglich mit anderen Partnern, wie von Stadtpräsidentin Sandra Hess erwähnt, der Burgergemeinde Nidau sicherzustellen. Sprich, schliesslich das Interesse der Nidauerinnen und Nidauer zu vertreten. Trotz den Reibereien in der Vergangenheit zwischen dem Gemeinderat und dem Stadtrat in diesem Geschäft kommt der Gemeinderat mit einem blauen Auge davon und wahrscheinlich wird die Stadtpräsidentin mit dem weiteren Gemeinderatsmitglied für ihren Ärger mit dem Stadtrat mit einem Verwaltungsratssitz belohnt. Die SVP wird dieser Vorlage zustimmen.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Markus Baumann. Ich bitte Stadträtin Bettina Bongard für die Sozialdemokratische Fraktion zu uns zu sprechen.

SP-Fraktion, Bettina Bongard: Guten Abend. Die SP-Fraktion stimmt der Beteiligung der Stadt Nidau an der Energieverbund Bielersee AG einstimmig zu. Nachdem uns das Projekt Seewassernutzung in den letzten zwei Jahren sehr beschäftigt hat, erfreut uns jetzt das Resultat. Der Gemeinderat setzt die überparteilich geforderten Punkte, wie Mitspracherecht und finanzielle Beteiligung um, was wir als wichtig erachten und auch schätzen. Als weiteren positiven Punkt erachten wir die Zusammenführung und somit die Synergienutzung betreffend des Seewasser- und Holzverbundes der Burgergemeinde. Das vorliegende Projekt zeigt auf, dass sich die Energiestadt Nidau bezüglich der Umstellung von fossiler Wärmenutzung auf regionale degenerative Quellen engagiert, und einen grossen Beitrag dazu leistet, was wir als SP klar unterstützen. Danke.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Bettina Bongard. Und am Schluss spricht noch Stadtrat Martin Fischer für die Bürgerliche Fraktion zu uns.

Bürgerliche Fraktion, Martin Fischer: Guten Abend. Die Bürgerliche Fraktion stimmt der Beteiligung an der Energieverbund Bielersee AG mehrheitlich zu. Wir begrüssen, dass wir ein aktives Engagement für erneuerbare Energien haben. Wir geben zu bedenken, dass es ein hoher Betrag ist, diese 3 Millionen Franken, um am Schluss in der AG dann trotzdem nicht bestimmen zu können. Wir geben auch zu bedenken, dass die Energie für Einfamilienhausbesitzer vom Preis her sehr interessant ist gegenüber anderen Energieträgern. Wir hoffen, dass in Zukunft, so wie es schon von Seiten der SVP-Fraktion gesagt wurde, die Rendite der AG noch höher ist, weil wir wissen, dass das Geschäft mit der Fernwärme ein rentables Geschäft ist, welches mehr Gewinn abwerfen sollte. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Martin Fischer. Die Diskussion ist eröffnet.
 655 Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Möchte die Stadtpräsidentin gerne ein Schlusswort? Auch nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 29 Ja / 1 Nein gestützt auf Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe d und Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe d und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss
 660 Artikel 35 der Stadtordnung:

1. Der Stadtrat stimmt der Beteiligung der Stadt Nidau an der Energieverbund Bielersee AG mit dem Zweck, die Versorgung mit Wärme und Kälte der definierten Gebiete in Biel und Nidau mittels Energie aus dem Bielersee zu realisieren, zu.
- 665 2. Er genehmigt CHF 3 Mio. Eigenkapital an der Energieverbund Bielersee AG, wobei die bisherigen Aufwände der Stadt Nidau im Projekt von rund CHF 135 000 als Sacheinlage eingebracht werden.
3. Er schreibt die überparteiliche Motion zur Seewassernutzung für Nidau (M187, behandelt am 19.9.2019) als erfüllt ab.
- 670 4. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

7. Schlosstrasse 15 – Teilsanierung

Ressort
Sitzung

Hochbau
19.11.2020

nid 9.4.8.5 / 7.6

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Wir gelangen zu Traktandum 7, Schlosstrasse 15 Teilsanierung, Kostenpunkt 650 000 Franken. Wird Eintreten bestritten? Nicht. Dann bitte ich Gemeinderat Kurt Schwab ans Rednerpult.
 675

Ressortvorsteher Hochbau, Kurt Schwab: Guten Abend. Mit Traktandum 6 haben Sie der Beteiligung an der Energieverbund Bielersee AG zugestimmt. Jetzt müssen wir die Voraussetzungen schaffen, dass die Heizzentrale vom Energieverbund eingebaut werden kann. Der Energieverbund
 680 will eine Fläche von 720m² nutzen und dafür 65 000 Franken Miete pro Jahr zahlen. Wir haben bereits beim Kauf der Liegenschaft an der Schlosstrasse darauf hingewiesen, dass ein erheblicher Nachholbedarf an Sanierungsarbeiten ansteht. Es wurde damals über aufgelaufene Unterhaltskosten von 4,5 Millionen Franken gesprochen. Ein Teil des vorliegend beantragten Investitionskredits betrifft eben diese Unterhaltsarbeiten. Die Gebäudehülle der Produktionshalle muss
 685 entsprechend saniert und in Stand gesetzt werden. Die Instandhaltung, und wo nötig, die Teilerneuerung der baulichen Hülle unterliegt dem Gebäudeeigentümer, also der Stadt Nidau. Auf der anderen Seite übernimmt der Mieter, die Energieverbund Bielersee AG, die nötigen Umbauten im Gebäude, um die technischen Komponenten in das bestehende Gebäude zu integrieren, einen so
 690 genannten Mieterausbau. Die beantragten 650 000 Franken betreffen natürlich nur unseren Teil. Sie haben im Antrag lesen können, was konkret gemacht werden soll, darauf gehe ich nicht ein. 650 000 Franken sollen investiert werden, das hebt entsprechend den Finanzwert des Gebäudes auf über 5,2 Millionen Franken an. Die jährlichen Betriebskosten wurden beziffert und den Mietertrag habe ich schon erwähnt. Ausstehend ist noch die Baubewilligung. Die wird nach einem hoffentlich positiven Entscheid des Stadtrats beim Regierungsstadthalteramt eingereicht. Ich hoffe
 695 mit diesen Ausführungen habe ich alles auf den Tisch legen können. Danke für die Aufmerksamkeit.

700 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Ich danke Gemeinderat Kurt Schwab. Wir kommen jetzt zu der GPK, ich bitte GPK-Sprecher Tobias Egger ans Rednerpult.

705 **Sprecher GPK, Tobias Egger:** Die GPK begrüsst das Engagement des Gemeinderats, um die Vermietung dieses Gebäudes weiterzuentwickeln und stellt fest, dass sich die Investitionen innerhalb einer angemessenen Zeit amortisieren lassen. In diesem Sinne übergeben wir das Geschäft einstimmig dem Stadtrat zur Behandlung. Diese Bemerkung gilt für beide Schloosstrasse Traktanden. Danke.

710 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke Stadtrat Tobias Egger. Es folgt jetzt die SVP-Fraktion, dann die Sozialdemokratische Fraktion, die Bürgerliche Fraktion, und die Fraktion Grüne/EVP. Es beginnt Stadtrat Roland Rutishauser als Sprecher der SVP-Fraktion.

715 **SVP-Fraktion, Roland Rutishauser:** Liebe Anwesende. Beim Kauf dieser Altbauliegenschaft war die SVP seinerzeit sehr skeptisch, ob künftig eine sinnvolle Nutzung sichergestellt werden könne. Es hatte sich schon damals abgezeichnet, dass die Mieter bald ausziehen werden und die Liegenschaft mit erheblichem Sanierungsbedarf belastet ist. Wir sind erfreut, dass der Gemeinderat, auch mit dem nächsten Traktandum, mit der Installation des Seewasserwerks in Teilen der Liegenschaft 15, eine erfreuliche Lösung gefunden hat. So kann eine sinnvolle und vor allem langfristige Nutzung sichergestellt werden. Die Sanierung erscheint vernünftig und auf Grund der gesicherten Einnahmen kann die Investition von 650 000 Franken auch innerhalb vertretbarer Frist
720 amortisiert werden. Die Stadt Nidau erhält dadurch auch Gestaltungsmöglichkeiten zusammen mit dem Partner ESB. Unter diesen Umständen ist nun rückblickend auch der Kauf der Liegenschaft vor ein paar Jahren sehr vertretbar. Die SVP stimmt dieser Vorlage zu.

725 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke, es folgt Stadträtin Kathleen Lützelschwab für die Sozialdemokratische Fraktion.

730 **SP-Fraktion, Kathleen Lützelschwab:** Guten Abend. Ich kann es kurz machen. Auch die Fraktion der SP ist einstimmig für die Annahme dieses Geschäfts und wir freuen uns, dass das Gebäude eine gute Nutzungsform gefunden hat.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadträtin Kathleen Lützelschwab. Es spricht für die Bürgerliche Fraktion Thomas Spycher.

735 **Bürgerliche Fraktion, Thomas Spycher:** Die Bürgerliche Fraktion ist einstimmig dafür.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke. Fraktion Grüne/EVP.

740 **Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin:** Auch unsere Fraktion ist einstimmig dafür und wir finden es eine sinnvolle Nutzung.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke. Somit ist die Diskussion eröffnet. Wünscht jemand das Wort. Das scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht Gemeinderat Kurt Schwab das Schlusswort? Auch nicht. Dann gelangen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

745 Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung:

1. Das Projekt Sanierung Schlossstrasse 15 wird genehmigt und die Finanzanlage von CHF 650 000 bewilligt.
- 750 2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Stelle delegieren.

755

8. Schlossstrasse 13 - Teilsanierung

Ressort
Sitzung

Hochbau
19.11.2020

nid 9.4.8.5 / 10.6

760 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Wir gelangen zu Traktandum 8, Teilsanierung Schlossstrasse 13. Wird Eintreten bestritten? Nicht. Dann bitte ich erneut Gemeinderat Kurt Schwab ans Rednerpult.

765 **Ressortvorsteher Hochbau, Kurt Schwab:** Es geht weiter mit investieren. Sie konnten lesen, dass wir den langjährigen Mieter Mitte des kommenden Jahres verlieren werden. Die Alpha-Elektrotechnik AG geht nach Grenchen. Um das Gebäude entsprechend für Nachmieter in einen akzeptablen Zustand zu bringen sind jetzt diverse Sanierungen notwendig, und werden mit dem Kreditantrag entsprechend beantragt. Konkret, die Gebäudehülle wird thermisch verbessert, die Dächer nachisoliert, die Fassade mit Isoliertgläsern versehen, die Elektroverteilung wird angepasst und normentsprechend ergänzt und der Kopfbau saniert. Das Bürogeschoss ist in einem guten Zustand, aber die Fassade muss auch thermisch saniert werden und hier gilt es, das Dach zusätzlich zu dämmen. Das alles wird für die doch 1900m² gemacht, um es für eine Vermietung attraktiv zu machen.

770 Sie haben dem Geschäft entnehmen können, dass die Firma Fink Elektronik, welche im Moment an der Schlossstrasse 15 eingemietet ist, Interesse bekundet hat, um in das Gebäude an der Schlossstrasse 13 zu ziehen, weil ein Teil ihrer gemieteten Fläche für die Heizzentrale gebraucht wird. Die Verhandlungen für diesen Umzug sind aber erst am Laufen, da ist noch nichts abgeschlossen. Eine Wiedervermietung und damit weitere Mietzinseinnahmen hängen von guten Voraussetzungen ab und diese Grundlage wollen wir mit dieser Sanierung erarbeiten. Dafür benötigen wir Unterstützung und hoffen, dass der Stadtrat den Investitionskredit bewilligt. Sie konnten es lesen, es ist nicht gerade billig. Wir brauchen eine knappe Million Franken, um die nötigen Arbeiten ausführen zu können und dadurch wird die Bilanzsumme des Gebäudes auf fast 3 Millionen Franken erhöht. Mit den beiden Geschäften will der Gemeinderat das Gebiet Schlossstrasse 13 bis 15 zu einem gefestigten und aufgewerteten Gewerbebezöchen machen, neben der Ipsachstrasse, welche noch ein bisschen grösser ist. Wenn noch Fragen sind, beantworte ich diese gerne.

785 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke Gemeinderat Kurt Schwab. Die Geschäftsprüfungskommission hat das Votum bereits abgegeben. Es kommt Stadtrat Nils Kallen für die Sozialdemokratische Fraktion.

790 **SP-Fraktion, Nils Kallen:** Die SP Fraktion nimmt den Antrag einstimmig an.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke. Stadtrat Roland Rutishauser der SVP-Fraktion. Dann kommt die Fraktion Grüne/EVP und am Schluss die Bürgerlichen.

795 **SVP-Fraktion, Roland Rutishauser:** Wie bereits im vorherigen Traktandum nehmen wir auch hier von der positiven Entwicklung Kenntnis. Der nötige Investitionskredit von 990 000 Franken kann innerhalb einer akzeptablen Zeitdauer bereits erledigt werden. Was noch nicht gesichert ist, ist dass die Mieteinnahmen noch nicht so sicher sind. Allerdings sei das Interesse relativ gross und es gibt bereits eine Warteliste, so dass man auch hier annehmen kann, dass die Liegenschaft gut und vielleicht sogar voll vermietet werden kann. Aus diesen Gründen ist für uns die Sanierung
800 vertretbar. Die SVP stimmt der Vorlage zu.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke. Es folgt Stadtrat Michael Rubin der die Meinung der Fraktion Grüne/EVP vertritt.

805 **Fraktion Grüne/EVP, Michael Döhrbeck:** Die Fraktion Grüne/EVP ist einstimmig für die Teilsanierung und hofft, dass sich die Stadt mit der Firma Fink noch einigen kann.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke. Es folgt Stadtrat Thomas Spycher für die Bürgerliche Fraktion.
810

Bürgerliche Fraktion, Thomas Spycher: Wir sind einstimmig dafür.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke. Die Diskussion ist eröffnet. Niemand ergreift das Wort, wie ich sehe. Gibt es ein Schlusswort von Gemeinderat Kurt Schwab? Auch nicht. Wir kommen zur Abstimmung.
815

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe d der Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Artikel 35 der Stadtordnung:
820

1. Das Projekt Sanierung Schloßstrasse 13 wird genehmigt und dafür die Finanzanlage von CHF 990 000 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Stelle delegieren.
825

9. Schulgasse 2, energetische Sanierung inklusive Dachausbau - Investitionskredit

Ressort
Sitzung

Hochbau
19.11.2020

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Wir kommen zum nächsten Traktandum. Wieder darf Gemeinderat Kurt Schwab zu uns sprechen. Ist Eintreten bestritten? Nein. Bitte.

Ressortvorsteher, Kurt Schwab: Schulgasse 2, Stadtverwaltung, energetische Sanierung inklusive Dachausbau, Investitionskredit. Wie sie merken, das Ressort Hochbau hat vieles vor. Hier deshalb ein weiteres Geschäft. Es betrifft eben die Stadtverwaltung, nicht den Innenhof, es geht um das Gebäude selber. Was wurde in den letzten Jahren am Gebäude gemacht? 1975 bis 1977 der ganze Innenausbau, 1983 die Renovation der Fassade, 2003 Totalsanierung ausser den Fenstern, welche nicht alle ersetzt wurden, 2010 der Dachstock West, dort wo wir ab und zu drin sind. Damals hat man aus Kostengründen auf einen Dachstock Ost Ausbau verzichtet, welcher jetzt eben heute Gegenstand des Geschäfts ist. Aber es geht in erster Linie um die energetische Sanierung. Die Fassade ist unterhaltsbedürftig, wir müssen neu streichen, den Sandstein sanieren, die Holzfenster sind zum Teil undicht, da gibt es neue Fenster und das Dach wird zusätzlich gedämmt. Diese drei Sanierungen sind energierelevant. Im Dachstock Ost soll nachher ein neuer Aufenthaltsraum entstehen mit der Möglichkeit, interne Besprechungen durchführen zu können. Sie konnten lesen, dass die Stadtverwaltung mit den vorhandenen Besprechungsräumen an ihre Grenzen stösst, so dass wir mit dem Ausbau des Dachstockes für Abhilfe sorgen können. Das wird jetzt eben im Zusammenhang mit der energetischen Sanierung vollzogen. Ich zitiere aus dem Geschäft: Die reinen Kosten des Dachausbaus belaufen sich auf 215 000 Franken. Es sind dies die Positionen b Kapitel 23 bis 28. Sie betragen 17,4 Prozent der Gesamtbausumme. In der restlichen Bausumme sind die Kosten für die energetischen Sanierungen enthalten. Der Gemeinderat findet es sinnvoll, im Zuge dieser energetischen Sanierung das Dach auch nutzbar auszubauen. Die Baukosten sind mit 17,4 Prozent der Gesamtbausumme vertretbar. Bei einer zeitgleichen Ausführung kann auch von den Synergien der Bauarbeiten profitiert werden, sowohl in Bezug auf die Termine als auch mit Blick auf die Baukosten und die Vergabe der Bauarbeiten. Die weiteren Sanierungsarbeiten sind aufgelistet, auf diese gehe ich nicht speziell ein. 1,23 Millionen Franken, mit denen kann das Gebäude der Stadtverwaltung einerseits den Anforderungen der Energievorschriften gerecht werden und andererseits eben die Möglichkeiten für Besprechungen im Gebäude ausgeweitet werden. Die Abteilung wird sicherstellen, dass die berechtigten Subventionen und Unterstützungsbeiträge bei den üblichen Institutionen eingeholt werden. Wir haben in der Planung auf einen GEAK verzichtet, weil das zusätzliche Planungskosten verursacht hätte. Wenn wir das für die Unterhaltsbeiträge brauchen, werden wir das noch nachholen. Die ganzen Arbeiten werden so geplant, dass der Betrieb möglichst ungestört weiterlaufen kann und vor allem, dass keine Büros ausgelagert werden müssen. Jetzt ist es dem Stadtrat überlassen darüber zu befinden, ob die 1,23 Millionen Franken gut investiertes Geld sind und ob sie dem Projekt zustimmen wollen.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Gemeinderat Kurt Schwab. Es folgt für die GPK Stadträtin Carmen Lucchini-Gutiérrez. Nachher kommt die SVP-Fraktion, dann die Fraktion Grüne/EVP, anschliessend die Bürgerlichen, und am Schluss die Sozialdemokratische Fraktion.

Sprecherin GPK, Carmen Lucchini: Guten Abend. Die GPK übergibt das Geschäft einstimmig dem Stadtrat. Die GPK stellt fest, dass die Unterscheidung zwischen energetischem Ausbau und Dachausbau nachvollziehbar erscheint. Das Geschäft ist transparent und die Unterteilung der Kosten nachvollziehbar.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke. Stadträtin Carmen Lucchini-Gutiérrez können Sie gerade noch für die Fraktion Grüne/EVP sprechen?

880 **Fraktion Grüne/EVP, Carmen Lucchini:** Die Fraktion Grüne/EVP stimmt dem Projekt mit grosser Mehrheit zu.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke, es folgt die SVP-Fraktion, dann die Bürgerlichen und anschliessend die Sozialdemokratische Fraktion.

885

SVP-Fraktion, Ursula Wingeyer: Guten Abend. Die SVP-Fraktion stimmt dem Kredit einstimmig zu. Wir finden es super, dass der Dachstock ausgebaut wird und dass es mehr Platz gibt. Die energetische Sanierung macht absolut Sinn.

890 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke. Für die Bürgerliche Fraktion spricht Stadträtin Tamara Münger zu uns.

Bürgerliche Fraktion, Tamara Münger: Die Bürgerliche Fraktion stimmt dem Investitionskredit mehrheitlich zu.

895

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke. Für die Sozialdemokratische Fraktion spricht Noemi Kallen.

900 **SP-Fraktion, Noemi Kallen:** Guten Abend. Die SP-Fraktion stimmt diesem Geschäft mehrheitlich zu. Wir begrüssen es, dass das Gebäude den heutigen Energiestandards angepasst wird. Etwas anderes wäre für ein Verwaltungsgebäude einer Energiestadt auch ein wenig unwürdig. Zusätzlich segnen wir die räumliche Optimierung des Bestandes ab.

905 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke. Die Diskussion ist eröffnet. Möchte jemand dazu etwas sagen? Möchte Gemeinderat Kurt Schwab das Schlusswort? Es ist enorm, wie speditiv das Ganze läuft. Also, die Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

910 Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 27 Ja / 3 Enthaltungen gestützt auf Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe d der Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Artikel 35 der Stadtordnung:

1. Das Projekt energetische Sanierung Schulgasse 2 wird genehmigt und dafür ein Investitionskredit von CHF 1 230 000 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
- 915 3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Stelle delegieren.

10. Parkplatz Strandbad, Sanierung - Investitionskredit

Ressort Tiefbau und Umwelt
Sitzung 19.11.2020

920 nid 6.3.2.1 / 5.2

Stadtratspräsidentin Esther Kast: Wir gelangen zu Traktandum 10, die Sanierung des Strandbad Parkplatzes. Wird Eintreten bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann bitte ich den verantwortlichen Gemeinderat des Ressorts Tiefbau und Umwelt, Philippe Messerli, ans Rednerpult.

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Philippe Messerli: Frau Stadtratspräsidentin, liebe Stadträtinnen und Stadträte. Beim Strandbad Parkplatz haben wir zwei Probleme. Zum einen haben wir ein Problem mit der Entwässerung des Platzes. Bei starkem Regenfall stösst das Pumpwerk beim Werkhof an seine Grenzen. Zum anderen haben wir bei hoher Frequentierung während der Hochsaison ein Wildparkieren. Autos werden auf der Wiese abgestellt oder fahren teilweise bis vor das Strandbadgebäude. Mit dem vorliegenden Investitionskredit können wir beide Probleme lösen. Das Regenwasser soll neu mit einer Leitung in die Aare geleitet werden. So können wir Pumpkosten einsparen und auch unser Abwassernetz und die Aare entlasten. Dank der Schlamm-sammler ist garantiert, dass kein Schmutzwasser in die Aare gelangt. Die Entwässerungsvariante ist ökologisch und auch ökonomisch sinnvoll. Mit einer neuen senkrechten Anordnung der Parkfelder wird die bestehende Fläche besser genutzt. Es wird übersichtlicher und es gibt eine klare Abgrenzung. Das Parkieren auf der grünen Wiese wird verhindert. Es gibt aber noch weitere Verbesserungen. Es werden zusätzliche Parkfelder für Motorräder geschaffen und die Grünfläche wird leicht erweitert. Die Parkuhr und die Behindertenparkplätze kommen an einen besseren Ort. Wir sind auch ein bisschen stolz darauf, dass wir einmal ein Geschäft präsentieren können, bei welchem wir nicht einen Baum fällen müssen, nein, wir pflanzen einen, und bei welchem wir nicht Parkplätze aufheben müssen, nein, wir schaffen einen neuen Parkplatz. Gleichzeitig, und das gehört in das Gesamtkonzept, können wir auch den Belag sanieren, welcher in einem schlechten Zustand ist. Sie sind sicher mit mir einig, dass es keinen Sinn macht, eine neue Markierung und eine neue Parkanordnung zu machen, ohne vorgängig nicht den Belag zu erneuern. Oder dass man alles beim Alten lässt, obwohl wir eine neue Leitung legen müssen und den Belag aufreissen müssen.

Der Parkplatz wird in den Sommermonaten rege benutzt. Und ja, die Parkgebühren spülen auch noch ein bisschen Geld in die Gemeindekasse. Der Gemeinderat hat entschieden im nächsten Jahr das Strandbad als wichtige Nidauer Freizeiteinrichtung aufzuwerten und dort auch zu investieren. Einen ersten Schritt haben Sie in der letzten Stadtratssitzung gemacht, indem Sie der Sanierung des Kassenhauses und der Erneuerung des Zutrittssystems zustimmten. Jetzt haben Sie die Gelegenheit, einen weiteren Schritt zu machen für eine sinnvolle Investition, und es gehört auch ein wenig zur Verbesserung der Strandbadinfrastruktur. Es ist das Ziel, dass wir den Parkplatz auf die neue Strandbadsaison im Mai 2021 betriebsbereit haben. In dem Sinne bitte ich Sie, dem Geschäft zuzustimmen.

Stadtratspräsidentin Esther Kast: Danke Gemeinderat Philippe Messerli. Es spricht jetzt für die Geschäftsprüfungskommission Stadtrat Nils Kallen zu uns.

Sprecher GPK, Nils Kallen: Guten Abend werte Anwesende, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Die GPK begrüsst es, dass das Geschäft pünktlich zum Saisonstart im Mai 2021 realisiert werden soll und übergibt es einstimmig dem Stadtrat.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Nils Kallen. Es folgt jetzt zuerst die Fraktion Grüne/EVP, dann die Bürgerliche Fraktion, die Sozialdemokratische Fraktion und am Schluss die SVP-Fraktion. Als erstes spricht für die Fraktion Grüne/EVP Stadtrat Michael Rubin.

970 **Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin:** In der Fraktion Grüne/EVP ist das Geschäft umstritten. Eine Minderheit unterstützt das Projekt, wie es vom Gemeinderat vorgeschlagen ist, und eine Mehrheit stellt einen Rückweisungsantrag.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Michael Rubin. Es folgt für die Bürgerliche Fraktion Stadtrat René Dancet.

Bürgerliche Fraktion, René Dancet: Guten Abend. Die Bürgerliche Fraktion ist der Meinung, dass ein Parkplatz und eine Entwässerung, welche in einem schlechten Zustand ist, renoviert werden soll und stimmt in dem Sinne dem Geschäft mehrheitlich zu.

980 Persönlich habe ich beim lesen dieses Geschäftes ein bisschen die Zahlen gesucht und auch ein wenig gestaunt. Das möchte ich noch kurz loswerden. Es werden 630 000 Franken beantragt. Im Finanzplan sind 435 000 Franken angegeben. Diese Differenz macht mir ein bisschen zu schaffen. Das sind 40 Prozent mehr als der Gemeinderat vor einem Monat und der Stadtrat heute Abend in der Investitionsplanung festgehalten haben. Das ist im Einzelfall kein Problem und das ist auch

985 kein Grund, das Geschäft abzulehnen, aber ich würde mich freuen und würde es begrüßen, wenn die Planungsnähe von Infrastrukturprojekten, welche man sehr zeitnah realisieren will, erhöht werden könnte. Danke

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat René Dancet. Für die Sozialdemokratische Fraktion spricht Stadträtin Bettina Bongard.

SP-Fraktion, Bettina Bongard: Die SP-Fraktion ist grossmehrheitlich gegen den Investitionskredit und wir werden einen Rückweisungsantrag stellen.

995 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke Stadträtin Bettina Bongard. Zum Schluss noch für die Fraktion der SVP, Stadtrat Roland Rutishauser.

SVP, Fraktion, Roland Rutishauser: Werte Stadtratspräsidentin, werte Stadtpräsidentin, liebe Anwesende. Der Parkplatz beim Nidauer Strandbad ist in der Tat schon seit Jahren in einem

1000 schlechten Zustand. Es handelt sich hier sicherlich nicht um das dringendste Projekt. Nein. Dennoch haben wir mit der Realisierung gleichzeitig die Gelegenheit, die Problematik des Abwassers lösen zu können. Da wir vor Kurzem die Sanierung des Pumpwerks beschlossen haben, macht es aus unserer Sicht Sinn, das Problem anzugehen und bei dieser Gelegenheit auch den Parkplatz zu sanieren. Wir sind gleichzeitig auch erfreut, dass der Gemeinderat eine Zufahrtsschranke für

1005 Wohnwagen eingeplant hat und dadurch illegale Besetzungen durch Fahrende baulich wirksam und kostengünstig unterbinden kann. Die SVP stimmt dieser Vorlage zu.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Roland Rutishauser. Dann beginnen wir mit dem ersten Rückweisungsantrag. Ich bitte Stadtrat Michael Rubin uns diesen Rückweisungsantrag

1010 zu erläutern. Dann werden wir darüber abstimmen. Anschliessend kommt der zweite Rückweisungsantrag. Wir werden darüber abstimmen. Die Diskussionen verlaufen immer nur über den jeweiligen Rückweisungsantrag und nicht über das Geschäft im generellen.

Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin: Die Fraktion Grüne/EVP weist das Geschäft aus folgenden Gründen zurück. Die Versickerung des Wassers ist grossflächig gefährlich steht im vorliegenden Geschäft. Deshalb wird der sickerungsfähige Belag nicht ins Auge gefasst. Wird der Parkplatz

jetzt einfach neu versiegelt, dann nehmen wir die Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen nicht wahr. Denn es geht um nichts Geringeres als das Wasser, das wertvolle Gut und Grundlage des Lebens.

1020 Wir haben jetzt die Chance das zu schützen, und das sollte es uns auch Wert sein. Beim Schiess-
stand Spärs war uns die Altlastensanierung des Kugelfangs 1,075 Millionen Franken wert. Das
wurde vom Stadtrat gutgeheissen. Die Renovierung der Stadtmauer hat 550 000 Franken gekos-
tet, das ist ein schützenswertes Bauwerk. Die Stadtmauer, die sieht man. Ein verseuchter Boden,
1025 den kann man für 630 000 Franken zudecken und die neue glänzende Oberfläche lässt nicht da-
ran erinnern, was sich darunter verbirgt. Aber wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen es.
Sind zirka 700 000 Franken wirklich zu viel, um den Boden und das Wasser nachhaltig von der
Vergiftung zu schützen? Wie können wir den Generationen nach uns erklären, dass wir es nicht
umsetzten, als wir die Gelegenheit dazu gehabt hätten?

Wir sind klar der Meinung, dass die stattliche Summe Geld, ich sage es nochmals, 630 000 Fran-
1030 ken, in der Altlastensanierung besser, nachhaltiger und mit einem grösseren Mehrwert investiert
sind. Dann könnten wir den zukünftigen Parkplatz vom Strandbad nämlich auch mit einem sicke-
rungsfähigen Belag versehen, bei welchem das Regenwasser abfliesst. Der Platz würde dann auch
weniger erhitzen, weniger Wärme speichern, und mithelfen für ein angenehmes Stadtklima zu
sorgen. Wenn wir es dann noch ganz gut machen wollen, dann könnte man da sogar noch den
1035 einen oder anderen Baum pflanzen, noch einen mehr als Gemeinderat Philippe Messerli schon ge-
plant hat, und so für Schatten, respektive ein angenehmes Klima in den parkierten Autos sorgen.
Mit diesen Massnahmen würden wir dann ganz nebenbei auch noch die Richtlinienmotion 175
«Anpassungen an den Klimawandel- ein Aktionsplan für Nidau» erfüllen. Die Fraktion Grüne/EVP
weist das Geschäft aus Verantwortungsbewusstsein für die Natur und Umwelt und aus Respekt
1040 vor den Generationen nach uns zurück und beauftragt den Gemeinderat die Sanierung neu aus-
zuarbeiten und folgendes zu berücksichtigen:

Rückweisungsantrag: Der Gemeinderat plant eine Sanierung des Parkplatzes, welche die Befrei-
ung des Bodens von Altlasten gewährleistet, was dann den sickerungsfähigen Belag ermöglicht
und darum zu planen ist. Danke vielmals für Ihre Unterstützung.

1045 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke Stadtrat Michael Rubin. Gibt es Voten zu diesem
Rückweisungsantrag? Gemeinderat Philippe Messerli, bitte.

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Philippe Messerli: Werte Anwesende, wir haben im
1050 Kontext dieses Rückweisungsantrags zusätzliche Abklärungen getroffen. Wir haben mit dem Kan-
ton noch einmal umfassende Abklärungen getroffen. Es ist so, dass die Altlasten im Boden für das
Grundwasser und für den Boden keine Gefährdung darstellen. Wenn wir also nichts machen, dann
hat das keine Konsequenzen auf die Umwelt. Das ist mal der erste wichtige Punkt. Es besteht
keine Sanierungspflicht, im Gegensatz eben zu den Schiessständen oder zu anderen belasteten
1055 Böden, bei welchen eine Sanierung klar vorgegeben ist.

Das Problem ist halt, dass wenn man anfängt das Ganze anzugehen oder zu graben, dann muss
man den Aushub in eine Deponie verlagern, den kann man nicht einfach wieder in eine neue
Grube geben, den muss man nachher sehr teuer entsorgen. Wenn man jetzt die Versickerungslö-
sung wählt, dann kann man nicht einfach den Asphalt wegnehmen und nachher einfach Autos
1060 draufstellen. Man muss das ganze ausheben und einen sickerfähigen Humus einsetzen. Der ist
dann wie ein Filter, der die Schadstoffe wegnimmt oder aufnimmt. Das heisst, die Konsequenz
davon ist, dass wenn man den sickerfähigen Humus einsetzt, muss man den ganzen Aushub ma-
chen. Also man muss dann wirklich alles herausnehmen.

Wir haben Abklärungen getroffen, was das kosten würde. Die Altlasten betreffen ja nicht nur den
1065 Parkplatz, es ist auch die Wiese nebenan, also die ganze Fläche. Wenn wir jetzt auf der ganzen
Fläche eine Altlastensanierung machen wollen, dann wären das rund 3 Millionen Franken, die wir
aufwenden müssten oder für den Parkplatz 1,5 Millionen Franken. Und das für eine Sanierung,
welche nicht unbedingt nötig ist, denn es besteht keine Gefährdung. Wir sind einfach der Mei-
nung, dass das unverhältnismässig wäre, wenn wir diese Lösung jetzt anstreben würden. In dem
1070 Sinne bitte ich Sie, diesem Rückweisungsantrag nicht Folge zu leisten.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Gemeinderat Philippe Messerli. Möchte jemand an-
ders das Wort noch ergreifen. Ja, Stadtrat Michael Rubin.

1075 **Michael Rubin, Grüne:** Lieber Gemeinderat, die soeben geäusserten Ergänzungen hätte ich na-
türlich gerne bereits in den Stadtratsunterlagen gehabt. Die wären nämlich hilfreich gewesen bei
der Meinungsbildung. Allerdings ist auch jetzt mit diesen Erläuterungen mindestens eine offene
Frage, die verbleibt. Nämlich, wie werden die Altlasten, welche im Geschäft als «grossflächig ge-
fährlich» bezeichnet werden, über Nacht plötzlich zu nicht giftigen Abfällen?
1080 Und das zweite ist noch die Blitz-Offerte, welche jetzt noch schnell eingeholt wurde und auf 3 Mil-
lionen Franken beziffert wird. Da wage ich doch zu bezweifeln, wie genau die ist.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Michael Rubin. Wird weiter das Wort gewünscht? Ja,
Stadtrat Oliver Grob.

1085 **Oliver Grob, SVP:** Werte Kollegen von der Rats-Linken. In der letzten Stadtratssitzung haben
Sie 1,4 Millionen Franken für ein Haus ausgeben wollen und an dieser Stadtratssitzung, wollen Sie
anscheinend 1,5 Millionen Franken zusätzlich für einen Parkplatz. Ich bitte Sie mit diesem Appell,
das Nötige vom Wünschenswerten zu trennen. Danke vielmals.

1090 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke Stadtrat Oliver Grob. Ich erteile das Wort Stadtrat
Tobias Egger.

Tobias Egger, SP: Ja natürlich haben wir die Sanierung des Gebäudes in der letzten Sitzung gut-
1095 geheissen. Das ist unser gutes Recht. Wir haben hier eine Demokratie. Ich glaube die SVP hat im-
mer besonders Freude an dem Instrument und sollte das auch schätzen. Sie haben ja ein Refe-
rendum ergriffen, was Ihr Recht ist, das finde ich richtig. Dann kann das Volk über das entschei-
den. Aber hier haben wir ein ganz unterschiedliches Geschäft. Hier geht es einfach darum, dass
wir hier einen wunderschönen Deckel machen wollen. Gemeinderat Philippe Messerli hat das vor-
1100 hin in aller Breite erklärt, wie toll das Projekt ist. Im Prinzip hat er einfach gezeigt und erklärt wie
toll und schön der Deckel ist, welchen wir jetzt über die Altlasten machen wollen. Und es tut mir
leid, aber für das, da bin ich mit Ihnen einig, ist es sehr viel Geld. Ich bin auf jeden Fall nicht be-
reit über eine halbe Million Franken auszugeben, damit wir einen schönen Deckel über Altlasten
haben, welche dann nachher immer noch dort sind. Da kann ich einfach unter keinen Umständen
1105 zustimmen. Danke.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Tobias Egger. Stadtrat René Dancet.

1110 **René Dancet, FDP:** Für mich ist die erste Frage: Wie dringend ist diese Übung? Ich glaube es
passiert gar nichts, wenn der Platz noch ein Jahr länger so in dem Zustand ist, wie er heute ist.
Das schaue ich als unproblematisch an. Ich bin ein bisschen verunsichert. Es sind Fragen im

Raum, die ich nicht beurteilen kann, bei welchen auch Fakten fehlen, denke ich. Wir haben jetzt etwas von 3 Millionen Franken Mehrkosten gehört - ich kann das nicht einordnen und bin der Meinung, wir sollten das sauber abklären. Die Versickerungsfrage abklären, die Schadstofffrage sauber abklären, die Kostenfrage klären und dann noch einmal über das Geschäft reden. Aber ich finde es falsch, hier heute zu entscheiden und umzusetzen und nachher feststellen, dass wir da Fehler gemacht haben. Und ich glaube so dringend ist das Geschäft nicht.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke René Dancet. Gibt es weitere Voten? Stadtrat Tobias Egger.

Tobias Egger, SP: Danke René Dancet, ich finde das sehr gut, was sie gesagt haben. Ich wollte nur noch sagen, dass ich das voll unterstützen kann und werde mich aus diesem Grund wahrscheinlich jetzt zu dem Antrag enthalten. Ich finde das sehr sinnvoll, wenn weiter abgeklärt wird. Dann haben wir nachher auch eine Gewissheit über die Kosten, was denn eigentlich wirklich genau darunter ist und wie gross die Gefährlichkeit ist. Dann ist es auch eine bessere Grundlage für einen Entscheid des Stadtrats.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Tobias Egger. Weitere Voten? Dem ist nicht so. Wir gelangen zur Abstimmung über den Rückweisungsantrag, wie ihn die Fraktion Grüne/EVP beantragt.

Wer folgenden Rückweisungsantrag unterstützt, ich lese den nochmals vor: «Der Gemeinderat plant eine Sanierung des Parkplatzes, welche die Befreiung des Bodens von Altlasten gewährleistet was dann den sickerungsfähigen Belag ermöglicht und darum zu planen ist.»

Der Rückweisungsantrag wird mit 7 Ja / 11 Nein / 12 Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zum zweiten Rückweisungsantrag und ich erteile das Wort Stadträtin Bettina Bongard.

Bettina Bongard, SP: Die Kosten für die vorliegende nicht nachhaltige Variante sind uns ganz klar zu hoch. In Anbetracht der Tatsache, dass der Parkplatz vom Strandbad 2/3 des Jahres leer steht, sind wir nicht bereit, einem Investitionskredit von 630 000 Franken zuzustimmen.

Einerseits werden die Altlasten nicht saniert und andererseits findet auch keine ökologische Aufwertung des Platzes statt. Bezüglich Investitionen liegt unsere Priorität bei den Sanierungsarbeiten der Schule Weidteile, bei der alten Turnhalle, welche Tag täglich von vielen Kindern genutzt wird.

Unerklärlich ist beim vorliegenden Projekt auch, dass jetzt noch Geld ausgegeben werden soll, um die Situation der Recyclinganlage zu verbessern, da unser Gemeinderat doch beschlossen hat, dass sich die Stadt Nidau dem Bieler Recyclinghof anschliessen will. Wir sind der Meinung, dass auch die Wirkung vom Bus zuerst abgewartet werden soll, damit man abschätzen kann, ob es überhaupt nötig ist, so viele Parkplätze anzubieten. Die Sanierung erachten wir auch nicht als dringend, so dass man ganz gut zuwarten kann.

Damit wir dem Investitionskredit mit gutem Gewissen zustimmen können, fordern wir eine kostenoptimierte, befriedigendere Lösung. Mittels einer oberflächigen Entwässerung, sprich einer Sammelrinne oder einem Graben, könnten sowohl die Strasse wie auch der Parkplatz neu gegliedert werden und zudem beruhigen solche Massnahmen zusätzlich den Verkehr. Oberirdische Gräben und Rinnen werden zudem die Flächen auf und ermöglichen eine fantasievolle Gestaltung, welche die Umgebung belebt. Die oberflächige und offene Ableitung des Regenwassers ist zudem

1160 eine attraktive und günstige Lösung. Wenn man auf der Froschmatte dereinst tatsächlich den Bewegungs- und Begegnungspark realisieren würde, könnten diese zwei Projekte zusammen ausgeführt werden und Synergien und Kosten optimiert werden. Aus den vorliegenden Gründen stellen wir den folgenden Rückweisungsantrag:

1165 Der Gemeinderat wird gebeten, eine Variante des Projekts auszuarbeiten, welche eine oberflächige Entwässerung vorsieht. Einerseits entfällt der Bau der Leitung, gleichzeitig sollen die Kosten der baulichen Sanierung massiv gesenkt werden und sowohl der Parkplatz wie auch die Umgebung werden mittels einer optimierten Gestaltung aufgewertet.

Danke vielmals.

1170 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke Bettina Bongard. Wer zu diesem Rückweisungsantrag das Wort möchte, soll sich bitte melden. Gemeinderat Philippe Messerli darf ich Sie bitten, zu diesem Rückweisungsantrag Stellung zu nehmen.

1175 **Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Philippe Messerli:** Der Gemeinderat hat natürlich schon sehr viele Varianten geprüft, wir haben es ja im Bericht ausgeführt. Eine oberflächige Entwässerung ist meines Wissens nicht möglich, weil wir das nicht in den Wald entwässern können. Diese Variante wurde geprüft und deshalb ist das beauftragte Ingenieurbüro zum Schluss gekommen, dass eben eine Entwässerung in die Aare die beste Lösung wäre.

1180 Ich habe es schon ausgeführt, Altlasten sind im Boden, das ist so, aber die belasten den Boden nicht und die belasten das Grundwasser nicht. Darum macht es Sinn, dass man dort nichts macht, so wie man jahrelang bis jetzt auch nichts daran geändert hat.

Es wurde uns gesagt, wir hätten nicht alles abgeklärt. Es ist klar, wir haben die Variante mit der Altlastensanierung schon relativ früh verworfen, weil wir gesehen haben, dass das riesige Kosten verursacht.

1185 Zum Bewegungs- und Generationenpark. Es ist richtig, es ist eine Idee da, dass man den Park auf der Wiese neben dem Parkplatz realisieren könnte. Aber das ist erst eine Idee, es müssen noch Abklärungen getroffen werden und auch dort unter der Wiese sind Altlasten. Wir sind der Meinung, dass die zwei Projekte unabhängig voneinander realisiert werden können, und dass es auch sinnvoll ist, dass man die zwei Projekte unabhängig voneinander realisiert. Uns ist es auch wichtig, dass man baureife Projekte vorantreiben kann. Es macht Sinn, dass wir sinnvolle Investitionen jetzt anpacken, dass wir den Parkplatz sanieren. Und es geht nicht in erster Linie um einen Belag, es geht vor allem um die Entwässerung. Wenn wir es herausschieben, dann haben wir das Entwässerungsproblem nach wie vor nicht gelöst.

1195 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke Gemeinderat Philippe Messerli. Wird weiter das Wort gewünscht? Bettina Bongard, Sie haben das Wort.

1200 **Bettina Bongard, SP:** Sie haben gesagt, Sie hätten die oberflächige Entwässerung in den Erlenwald geprüft. Mich würde es interessieren, ob man die oberflächige Entwässerung auch in die Aare geprüft hat. Weil wenn man nämlich das Wasser unterirdisch ins Gewässer leiten kann, könnte dies je nach dem auch oberflächlich möglich sein. Das ist mal das Eine. Und eine sinnvolle Investition ist für mich zweifelhaft, denn der Parkplatz ist 2/3 vom Jahr wirklich leer.

1205 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke Bettina Bongard. Wünscht jemand anderes das Wort? Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung dieses Rückweisungsantrags. Ich lese auch den nochmals vor.

«Der Gemeinderat wird gebeten eine Variante des Projektes auszuarbeiten, welche eine oberflächige Entwässerung vorsieht. Einerseits entfällt der Bau der Leitung (Variante C), gleichzeitig sollen die Kosten der baulichen Sanierung massiv gesenkt werden. Sowohl der Parkplatz wie auch die Umgebung sollen mittels einer optimierten Gestaltung aufgewertet werden.»

1210

Der Rückweisungsantrag wird mit 12 Ja / 11 Nein / 7 Enthaltungen angenommen.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 12 Ja / 11 Nein / 7 Enthaltungen gestützt auf Artikel 45 der Geschäftsordnung des Stadtrates:

1215

1. Das Geschäft wird zurückgewiesen. Der Gemeinderat wird gebeten eine Variante des Projektes auszuarbeiten, welche eine oberflächige Entwässerung vorsieht. Einerseits entfällt der Bau der Leitung, gleichzeitig sollen die Kosten der baulichen Sanierung massiv gesenkt werden. Sowohl der Parkplatz wie auch die Umgebung sollen mittels einer optimierten Gestaltung aufgewertet werden.

1220

11. Reglement über die Mehrwertabgabe

Ressort
Sitzung

Präsidiales
19.11.2020

nid 6.1.4 / 30

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Dieses Reglement ist vor allem für Besitzende von grosser Bedeutung. Und es geht darin auch um eine Stellenerhöhung innerhalb der Verwaltung um 10 Prozent. Wird dazu Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich unsere Stadtpräsidentin ans Rednerpult.

1225

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte. Wie sie wissen, hat Nidau bis jetzt kein Mehrwertabschöpfungsreglement. Und Nidau muss auch künftig keines einführen, aber es kann.

1230

Mit dem Raumplanungsgesetz macht der Bund nämlich nur Mindestvorschriften, alles andere überlässt er den Kantonen und die wiederum überlassen es den Gemeinden, ob sie bei Um- und Aufzonungen Mehrwertabgaben erheben wollen.

1235

In Nidau haben wir bis jetzt kein Mehrwertabschöpfungsreglement, oder kurz MWAR, wie wir es heute schon gehört haben. Dass wir das nicht haben, hat damit zu tun, dass Nidau grundsätzlich gebaut ist und wir auch kein Land mehr haben, welches man einzonen könnte. Einzonungen sind aber genau die Fälle, welche am meisten planerische Mehrwerte auslösen und das ist das, welches dann bei den Städten und den Gemeinden, auf Berndeutsch gesagt, so richtig einschenkt. Für Nidau relevant sind Auf- und Umzonungen und die waren in den letzten Jahren kaum ein Thema, weil unsere letzte grosse Ortsplanungsrevision bekanntlich 1980 war. Das heisst, die letzte flächendeckenden planerischen Aufwertungen, die hat es in den letzten 40 Jahren nicht gegeben. Das ändert jetzt mit der Ortsplanungsrevision, da bekommen die Liegenschaftsbesitzer die Möglichkeit, ihre Häuser und ihr Land künftig besser auszunutzen.

1240

1245

Die Motion ist davon ausgegangen, dass sich Nidau am Musterreglement des Kantons orientieren kann. Das war aber nur bedingt möglich, weil die Situation ja von Gemeinde zu Gemeinde nicht überall gleich ist.

1250

Bei der Ausgestaltung eines Mehrwertabschöpfungsreglements hat man grundsätzlich drei Schrauben:

Stellschraube eins ist der Satz der Abschöpfung. Der ist bei uns mit 20 Prozent vorgesehen. Stellschraube zwei ist der Freibetrag, bei welchem wir 100 000 Franken eingesetzt haben. Stellschraube drei ist der Zeitpunkt der Fälligkeit, welchen wir bei der Realisierung vorgesehen haben.

- 1255 Warum haben wir die Schrauben so festgelegt? Da muss ich zurück zum Anfang kommen. Was will man denn mit einem Mehrwertabschöpfungsreglement erreichen? Will man das Nutzungspotenzial möglichst schnell ausschöpfen, will man, dass die Stadt schnell wächst oder will man sie im Bestand stärken und sie so moderat nach Innen wachsen lassen?
- 1260 Nidau hat die Frage im Jahr 2010 mit dem Städtebaulichen Leitbild beantwortet und so die Wachstumsstrategie festgelegt. Nach diesen Vorgaben haben wir die Ortsplanungsrevision durchgeführt und nach diesen Vorgaben haben wir auch das MWAR aufgegleist. Mit diesem Reglement wollen wir der Vielseitigkeit und der Vielschichtigkeit der Stadt Nidau gerecht werden. Wir wollen Rücksicht darauf nehmen, dass Nidau städtischer Raum ist, also zentral gelegen ist, gut erschlossen ist, eine gute Infrastruktur hat, und entsprechend hohe Immobilienpreise hat. Wir wollen berücksichtigen, dass Nidau viele kleinteilige Parzellen mit alten Häusern und grossen Gärten hat, wo der planerische Mehrwert nicht, oder nur teilweise, ausgeschöpft wird. Das Reglement soll dann die volle Wirkung entfalten, wenn Baulücken geschlossen werden, wenn Grundstücke zusammengelegt werden, wenn das Land effizient genutzt wird, und der Mehrwert zu einem grossen Teil, oder ganz, ausgenutzt wird. So wie es das Raumplanungsgesetz auch vorsieht. Unsere Stellschrauben sind so eingestellt, dass wir erst dann abschöpfen, wenn der Mehrwert tatsächlich umgesetzt wird, also nicht schon beim Verkauf, wenn die Nutzung vom Mehrwert noch reine Spekulation ist. Wir wollen mit dem Freibetrag von 100 000 Franken sicherstellen, dass die Kleinen, die moderat wachsen wollen, also die moderat ausbauen oder anbauen wollen, nicht belastet werden. Wir wollen aber gleichzeitig sicherstellen, dass diejenigen, welche im grösseren Stil bauen entsprechende Abgaben leisten müssen und dass die Stadt am Mehrwert auch teilhaben kann.
- 1275 Der Abgabesatz von 20 Prozent ist tief angesetzt und das hat zwei Gründe. Einerseits handelt es sich beim MWAR um ein neues Abgabeinstrument und darum muss man das mit Augenmass einführen. Andererseits soll es zusammen mit der Freigrenze helfen, dass Nidau im Bestand gestärkt wird. Wenn man das Reglement nämlich zu scharf einstellt, dann besteht die Gefahr, dass man das Gegenteil erreicht. Entweder bremst oder verunmöglicht man die moderate Entwicklung nach Innen weil die Leute dann nicht ausbauen, vor allem wenn es für den Eigenbedarf ist, wenn es nur um einen Dachstockausbau oder ein Zimmer oder ein Bad mehr geht, oder um einen Wintergarten, weil sie dann die Abgabe nicht vermögen. Oder umgekehrt, sie bauen viel mehr als sie eigentlich haben wollen, weil sie das leer lassen der Grünfläche nicht vermögen. Das würde die Verdichtung vor allem in den kleinteiligen Quartieren im grossen Stil auslösen und das ist nicht im Sinne des Leitbilds.
- 1285 Wir dürfen auch nicht vergessen, dass so eine Mehrwertabgabe noch einen anderen Effekt hat, nämlich den, dass es den Boden schlicht und einfach verteuert und so die Immobilienpreise weiter anheizt. Das Geld, welches Nidau dadurch einnimmt, das konnten sie lesen, das fliesst nicht einfach in den Steuerhaushalt, sondern das wird zweckgebunden in eine Spezialfinanzierung eingeleitet und 10 Prozent von dem Betrag, welchen wir dann schliesslich in Rechnung stellen, wird direkt zum Kanton fliessen.
- 1290 Ebenfalls bekommt die Stadt eine neue Verwaltungsaufgabe, welche es so noch nicht gibt, und darum braucht es eine Anpassung im Stellenplan. Sie haben es gesehen, wir stellen einen Antrag für eine Erhöhung um 10 Stellenprozente.
- 1295 Ich schliesse damit meine Ausführungen. Ich bitte Sie, im Namen des Gemeinderats das MWAR mit diesen Parametern, welche wir Ihnen vorschlagen, zu verabschieden. Es ist in den Augen des

Gemeinderats eine massvoll gestaltete Mehrwertabschöpfung, welche der Struktur von Nidau gerecht wird und das strategische Wachstumsziel erfüllt, welches sich die Stadt Nidau gesetzt hat.

1300

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Ich danke der Stadtpräsidentin für die Ausführungen. Für die Geschäftsprüfungskommission bitte ich Stadträtin Susanne Schneiter Marti nach vorne.

1305

Sprecherin GPK, Susanne Schneiter Marti: Die Geschäftsprüfungskommission hat beschlossen das Geschäft einstimmig dem Stadtrat zu übergeben. Bemerkungen: Der Vortrag des Gemeinderats erläutert das Geschäft in seinen Dimensionen im Hinblick auf die Mehrwertabschöpfung und aber auch auf die für die Gemeinde anfallenden Kosten.

1310

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Susanne Schneiter Marti für die GPK. Es beginnt die Bürgerliche Fraktion, dann folgt die Sozialdemokratische Fraktion, dann die SVP-Fraktion, und am Schluss die Fraktion Grüne/EVP. Für die Bürgerliche Fraktion spricht zu Ihnen, Stadträtin Hanna Jenni.

1315

Bürgerliche Fraktion, Hanna Jenni: Sehr geehrte Stadtratspräsidentin, guten Abend. Die Bürgerliche Fraktion hat sich gegen das Reglement über die Mehrwertabgabe, wie es vorgeschlagen wird, ausgesprochen und zwar aus folgenden Gründen:

Bereits bei der Auflage der Ortsplanungsrevision sind alle Um- und Aufzonungen, alle Liegenschaften, die davon betroffen sind, neu zu schätzen und die zu erwartenden Abgaben zu berechnen damit jeder Eigentümer weiss, was für Mehrwertabgaben bezahlt werden müssen.

1320

Diese Kosten fallen vollumfänglich jetzt schon an und gehen zu Lasten unserer Gemeindekasse. Eine Abgabe ist jedoch erst bei der Überbauung oder Erweiterung, sprich, der Realisierung, geschuldet. Wie eben gesagt, wird nach einem Freibetrag von 100 000 Franken 20 Prozent erhoben. Diese Erträge müssen in eine Spezialfinanzierung geleitet werden. Für mich ein Ärgernis, schon wieder eine zusätzliche Kasse. Die Spezialfinanzierung ist nachher auch sehr beschränkt einsetz-

1325

bar und 10 Prozent gehen sowieso an den Kanton.

Die Bürgerliche Fraktion ist deshalb der Auffassung, dass die Einführung von dieser Mehrwertabgabe hohe Kosten zu Lasten der Gemeindekasse verursacht. Einerseits durch die heutigen Schätzungen, welche notwendig sind, und langfristig mit der zusätzlichen Stelle, die geschaffen werden muss. Der zusätzliche Verwaltungsaufwand, welcher da betrieben werden muss, ist nachher sicher nicht im Verhältnis zum Rückfluss. Kurz, ein Papiertiger und eine zusätzliche Kasse. Wir sind, mit Ausnahme von Abschnitt 3, gegen den Beschlussentwurf.

1330

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadträtin Hanna Jenni. Ich bitte für die Sozialdemokratische Fraktion Stadträtin Brigitte Deschwanden Inhelder ans Rednerpult.

1335

SP-Fraktion, Brigitte Deschwanden Inhelder: Frau Stadtpräsidentin, Frau Stadtratspräsidentin, werte Anwesende, guten Abend. Die SP-Fraktion ist einstimmig für die Annahme des Reglements. Ich möchte dem Gemeinderat für die rasche Umsetzung dieser SP Motion danken. Das Geschäft ist gut aufbereitet und die Einführung der Mehrwertabgabe ist mit einem hohen Freibetrag moderat und sehr massvoll. Die Gemeinde wird langfristig mit Einnahmen rechnen können, bei welchen sich doch, obwohl sie zweckgebunden sind, einen interessanten Handlungsspielraum ergibt. Man kann mit dem Geld Fluss- und Seeufer erschliessen, man kann brachliegende Flächen in der Bauzone besser nutzen, man kann den Bau von Rad- und Fusswegen aufbessern, Grünflächen und Bäume im Siedlungsgebiet fallen darunter...Das kommt der ganzen Allgemeinheit zugute. Allen, der ganzen Nidauer Bevölkerung. Insbesondere möchte ich dem Gemeinderat für das

1345

Erklärungsvideo danken, das wurde in der Fraktion sehr gelobt. Es kommt von unserer Seite ein kleiner Änderungsantrag, den ich später stelle.

1350 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke Stadträtin Brigitte Deschwanden Inhelder. Für die SVP-Fraktion wird Stadtrat Leander Gabathuler zu Ihnen sprechen.

SVP-Fraktion, Leander Gabathuler: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir sind doch ziemlich erstaunt, mit welcher Selbstverständlichkeit der Gemeinderat vom Stadtrat mit dieser Vorlage erneut einen massiven Ausbau der Ausgaben erwartet.

1355 Wir sind uns bewusst, dass das vorliegende Reglement einer angenommenen Motion der Linken entspringt, von Mike Kramer, aber bei dieser Beratung war anscheinend vielen noch nicht ganz klar, wie teuer und kompliziert die Umsetzung dann werden würde.

1360 Gemäss dem Gemeinderat wissen wir jetzt, dass rund 500 Parzellen von dem Reglement betroffen wären, dass die alle früher oder später neu eingeschätzt werden müssten. Die Kosten für diese Schätzungen belaufen sich, wie wir dem Vortrag entnehmen konnten, auf zirka 2 000 Franken bis 5 000 Franken pro Parzelle. Total wären das also 1 bis 2,5 Millionen Franken.

1365 Vielleicht sind dann einige Parzellen einfach viel günstiger, vielleicht sind dann ein paar viel teurer, vielleicht kommt es auch zu einer Beschwerdewelle, weil die Liegenschaftsbesitzer mit der Bewertung nicht einverstanden sind. Egal wie hoch dann der exakte Betrag ist - wir wissen, er wird hoch sein. Zusätzlich beantragt der Gemeinderat oder plant er mit einem 10 Prozent Pensum, egal ob es in einer externen oder internen Form aufgeteilt ist, das spielt keine Rolle, kosten wird es ja trotzdem. Aus unserer Sicht ist das sogar noch recht konservativ berechnet. Uns würde es nicht überraschen wenn auch diese Kosten schliesslich höher liegen würden. Unter dem Strich sind es riesige Millionenkosten, welche demnächst anfallen und möglicherweise unklar hohe Einnahmen in die Spezialfinanzierung, welche dann irgendwann folgen.

1370 Wir haben es vorher von der Stadtpräsidentin schon gehört. Das Reglement hat zwei weitere Konsequenzen, welche ich an dieser Stelle kurz ausführen möchte. Weil diese beiden Konsequenzen widersprechen explizit den Kernanliegen der Ratslinken und aus meiner Sicht auch den offiziellen Zielen der Gemeinde Nidau.

1375 Erstens, wenn die Projekte nach Um- und Aufzonungen neu mit der Abgabe belegt wurden, verteuern sich die Projekte logischerweise. Die Liegenschaftspreise oder Bauprojektkosten würden so künstlich erhöht. Dem entsprechend muss diese Kosten irgendjemand tragen und das naheliegende ist, dass der Mieter dafür aufkommen muss. Sprich, das Reglement hätte wahrscheinlich auch steigende Mieten zur Folge. Das ist ja nicht in Ihrem Interesse und auch nicht in unserem.

1380 Auf der anderen Seite, wir haben es gehört, können nachher mit diesen Einnahmen in einer Spezialfinanzierung öffentliche Flächen aufgewertet werden, aber auch der bezahlbare Wohnraum gefördert werden. Also auf der einen Seite verursachen wir teurere Mieten und auf der anderen Seite fördern wir günstigere Mieten. Das System hat einen Fachbegriff, das nennt sich sozialistische Planwirtschaft, und wir wissen - das funktioniert nicht.

1385 Zweitens, vor allem grössere Projekte, welche über der Freibetragsgrenze von 100 000 Franken liegen, wären vom Reglement betroffen. Sprich, die Projekte, welche einen besonders starken Effekt auf die innere Verdichtung hätten, gerade diese Projekte, würde man teurer machen. Auch das widerspricht unseren städteplanerischen Absichten massiv. Das kann jetzt wirklich nicht das Ziel unserer Stadtplanung sein, die innere Verdichtung künstlich zu verteuern.

1390 Ich habe mich über einen weiteren Punkt gewundert, nämlich dass der Gemeinderat schreibt, es gäbe keine Erfahrungen aus anderen Gemeinden. Ich war in einer anderen Mission, wenn ich das so sagen kann, auf der Website der Gemeinde Aarberg - nämlich auf der Suche nach einem Ein-

bürgerungsreglement, welches sie bis jetzt noch nicht haben - und bin dann zufällig auf ein Mehrwertabgabereglement gestossen. Das heisst, es gibt andere Gemeinden. Der Gemeindepräsident ist per Zufall in unserer Partei und ich habe ihn heute angerufen und gefragt, was sie denn so für Erfahrungen gemacht haben. Und er hat gesagt, es sei eigentlich gut, es habe auch Einnahmen gegeben um die öffentlichen Flächen aufzuwerten und keine Kosten. Dann habe ich gesagt «was keine Kosten, das gab doch sicherlich Schätzungskosten für die Parzellen». Dann hat er gesagt «nein, das ist eine Bringschuld der Privaten», das hätten sie so in ihrem Reglement formuliert, das koste die Gemeinde nichts. Also liebe Linke, selbst wenn Sie dafür sind, dass wir ein solches Reglement machen, ich bin der Überzeugung man hat die exakte Formulierung wahrscheinlich nicht so clever gewählt in dem Reglement, welches uns heute vorliegt. Wir lehnen es dementsprechend ab.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Leander Gabathuler. Für die Fraktion Grüne/EVP wird Stadtrat Michael Döhrbeck zu uns sprechen.

Fraktion Grüne/EVP, Michael Döhrbeck: Ich beschränke mich auf ein kurzes Votum. Wir unterstützen es und wir unterstützen auch den Änderungsantrag, den die SP vorlegen wird.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Michael Döhrbeck. Dann kommen wir jetzt zum Änderungsantrag der SP, der von der Fraktion Grüne/EVP unterstützt wird.

SP-Fraktion, Brigitte Deschwanden Inhelder: Wie erwähnt sind die Mehrwertabgaben mit einem Freibetrag von 100 000 Franken sehr moderat. Die SP-Fraktion möchte aber, dass wir bei den Abgaben für die Umzonung oder Aufzonung dafür gleich den Mehraufwand, den wir dann mit diesen Schätzungen haben, dass wir da den Spielraum ein bisschen besser ausnutzen. Die SP stellt deshalb den Antrag, dass auf Seite 2 des Reglements, in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben b und c, bei denen es um die Umzonungen und Aufzonungen geht, 30 Prozent statt 20 Prozent festgelegt wird.

Die Begründung ist, dass sich Nidau an die umliegenden Gemeinden anpassen soll und es ist tatsächlich so, dass viele Gemeinden rund um Nidau schon ein Mehrwertabgabereglement haben. Ich kann Ihnen auch ein bisschen erzählen, was die umliegenden Gemeinden haben. In Bezug auf Auf- und Umzonungen hat Bellmund 40 bis 50 Prozent, Ipsach 40 Prozent, Port 30 bis 50 Prozent, Biel 40 Prozent, Brügg 30 bis 40 Prozent, Leubringen/Magglingen 35 Prozent und Orpund 35 Prozent. Alle ausser Ipsach stellen das schon ab einem Betrag 20 000 Franken Mehrwert. In Nidau haben wir 100 000 Franken, bei welchem wir überhaupt eine Abgabe einholen und im Moment ist das auf 20 Prozent. Unser Antrag ist, dass man dort 30 Prozent einsetzt. Das ist immer noch weniger, als alle umliegenden Gemeinden, aber es federt diesen Mehraufwand, den wir ja wegen den Schätzungen haben, die gemacht werden müssen, ein wenig ab. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadträtin Brigitte Deschwanden Inhelder. Wir diskutieren jetzt zuerst über diesen Änderungsantrag. Wird dazu das Wort gewünscht? Möchte die Stadtpräsidentin etwas dazu sagen? Dann gelangen wir jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag. Wer in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben b und c bei Umzonungen und Aufzonungen 30% des Mehrwertes fordern möchte, der oder die möge sich bitte jetzt erheben.

Der Änderungsantrag wird mit 16 Ja / 14 Nein angenommen.

1440

Wir gelangen zur allgemeinen Diskussion. Wird dazu weiter das Wort gewünscht? Wünscht die Stadtpräsidentin das Schlusswort? Dem ist nicht so. Wir gelangen somit zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

1445 Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 16 Ja / 14 Nein gestützt auf Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Artikel 35 der Stadtordnung:

- 1450 1. Das Reglement über die Mehrwertabgabe wird inkl. folgendem Änderungsantrag genehmigt: In Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b und c wird die Höhe der Mehrwertabgabe auf 30% statt 20% des Mehrwerts festgelegt.
2. Die Gesamtzahl der von der Stadt Nidau bewirtschafteten Stellen wird um 10 Stellenprozent erhöht.
- 1455 3. Die Motion zur Vorlage eines Reglements über die Mehrwertabgabe (M173 angenommen am 21. Juni 2018) wird abgeschrieben.

12. Polizeireglement der Stadt Nidau - Totalrevision

Ressort
Sitzung

Sicherheit
19. November 2020

nid 0.1.1 / 14.2

1460 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Wir gelangen zu Traktandum 12. Wird Eintreten bestritten? Nein. Gemeinderätin Sandra Friedli darf jetzt zu uns sprechen.

1465 **Ressortvorsteherin Sicherheit Sandra Friedli:** Werte Stadtratspräsidentin, werte Anwesende. Da ich zu meinen zwei Traktanden nicht viel weiterführende Informationen habe, als Sie im Vortrag lesen konnten, wäre ich aufgrund der pandemiebedingten Zeitbeschränkung der Sitzung bis 22 Uhr im Sinne der Sache bereit, auf meine Ausführungen zu verzichten, falls Sie auch darauf verzichten können, meine Voten zu hören, und wenn das erlaubt ist.

1470 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke Gemeinderätin Sandra Friedli. Sie sehen, so speditiv können Stadtratssitzungen werden. Für die Geschäftsprüfungskommission bitte ich Stadträtin Pauline Pauli ans Rednerpult. Nachher kommt die Sozialdemokratische Fraktion, gefolgt von der Bürgerlichen Fraktion, der Fraktion Grüne/EVP und der SVP-Fraktion. Danke.

Sprecherin GPK, Pauline Pauli: Die GPK überweist das Geschäft einstimmig und ohne Bemerkungen dem Stadtrat.

1475 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke. Stadtrat Nils Kallen für die Sozialdemokratische Fraktion.

SP-Fraktion, Nils Kallen: Wir werden das einstimmig annehmen.

1480 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Danke. Für die Bürgerliche Fraktion Stadträtin Susanne Schneiter Marti.

Bürgerliche Fraktion, Susanne Schneiter Marti: Wir sind einstimmig für die Annahme des Polizeireglements.

1485

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Für die Fraktion Grüne/EVP Michael Rubin.

1490

Grüne/ EVP Michael Rubin: Auch unsere Fraktion stimmt dieser Totalrevision einstimmig zu. Es freut uns, dass die Eingaben aus dem Mitwirkungsverfahren der Grünen Partei fast unverändert in diesem Reglement Platz gefunden haben.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke. Es folgt für die SVP-Fraktion Stadtrat Roland Rutishauser.

1495

SVP-Fraktion, Roland Rutishauser: Bei mir geht es nicht ganz so schnell, ich habe ein paar Erläuterungen dazu. Das im Jahr 1985 erarbeitete Polizeireglement ist tatsächlich total veraltet und entspricht nicht mehr der heutigen Rechtslage. 2008 wurde mit der neuen kantonalen Polizeigesetzgebung die Einheitspolizei gegründet. Dieses Gesetz wurde bereits im letzten Jahr wieder überarbeitet und die Gemeinden haben praktisch keine eigenen polizeilichen Befugnisse mehr.

1500

Die ihnen noch zustehenden Aufgaben sind im neuen kantonalen Gesetz geregelt und ein kleiner Rest ist mit der kantonalen Polizei in einem sogenannten Ressourcenvertrag festgehalten.

1505

Die SVP möchte einen Änderungsantrag anbringen und zwar betrifft dies Artikel 30, Strafbestimmungen, und indirekt Artikel 11 und 12, parkieren auf öffentlichem Grund und Campingverbot.

1510

Jedoch hat der Gemeinderat recht, dass halt mit der neuen Gesetzgebung illegale Landbesetzungen von Fahrenden leider immer noch kaum innerhalb nützlicher Frist polizeilich aufgelöst werden können. Der Gemeinderat kann jedoch Bussen aussprechen und wie erläutert, erlaubt das Gesetz den Gemeinden Bussen bis zu 5 000 Franken zu vergeben. Das vorliegende Reglement legt jedoch 1 000 Franken als Obergrenze fest. Damit der Gemeinderat bei schweren Verstössen gegen Ruhe und Ordnung einen möglichst grossen Handlungsspielraum hat – Beispielsweise eine nicht bewilligte Demonstration von Corona-Gegnern und Verschwörungstheoretikern, die den Verkehr in Nidau und Umgebung über Stunden blockieren - da ist die Busse von maximal 1 000 Franken gegen die Verantwortlichen absolut lächerlich. Darum der Antrag zu Artikel 30 Strafbestimmungen: «Wer gegen (...) dieses Reglements verstösst, kann mit einer Busse bis zu 5 000 Franken bestraft werden».

1515

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Roland Rutishauser, und auch, dass Sie gerade den Änderungsvortrag verlesen haben. Jetzt kann über diesen Änderungsantrag diskutiert werden. Ja, Stadtrat Tobias Egger.

1520

Tobias Egger, SP: Ich will nur kurz sagen, dass ich den Antrag voll und ganz unterstütze. Ich fände es gut, wenn der Gemeinderat hier noch mehr Handlungsspielraum hat. Vielleicht findet man ja sogar eine Möglichkeit, allzu notorische Wildparkierer mit dem auch gerade noch am Kragen zu packen, dann hat man da ein anderes Problem auch noch gelöst.

1525

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Tobias Egger. Wer möchte sonst noch dazu Stellung nehmen? Dann gelangen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag: Wer dem Änderungsantrag der SVP, also beim Antrag Artikel 30 Strafbestimmung die Busse von 1 000 Franken auf 5 000 Franken erhöhen möchte, der oder die möge sich erheben bitte.

1530

Der Änderungsantrag wird mit 19 Ja / 7 Nein / 4 Enthaltungen angenommen.

Die Diskussion zum Polizeireglement im generellen ist somit eröffnet. Wird das Wort gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir gelangen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

1535 Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Artikel 35 der Stadtordnung:

1540 1. Das totalrevidierte Polizeireglement wird inkl. folgendem Änderungsantrag genehmigt: In Artikel 30 wird der Bussenrahmen auf CHF 5 000 statt CHF 1 000 festgelegt.

13. Fahrende auf dem Expo Areal - Berichterstattung

Ressort
Sitzung

Sicherheit
19. November 2020

nid 1.4.3.4.2 / 3

1545 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Wir gelangen zu Traktandum 13. Da Gemeinderätin Sandra Friedli auf ihre Voten im Sinne der Sache verzichtet, erteile ich das Wort dem Postulanten.

Markus Baumann, Postulant: Da wir noch ein bisschen Zeit haben und ich das letzte Mal hier vorne stehen kann für dieses Jahr, beantrage ich hier die Eröffnung der Diskussion.

1550 **Stadtratspräsidentin, Esther Kast:** Wer die Diskussion möchte, möge sich bitte erheben. Das sind mehr als acht, die Diskussion ist eröffnet.

1555 **Markus Baumann, Postulant:** Besten Dank. Danke dem Gemeinderat für die Beantwortung des Vorstosses. Wie bereits beim Strandbad Parkplatz erwähnt, sind wir beim Aufarbeiten der Stadtratsunterlagen nicht schlecht ins Staunen geraten. Da unternimmt der Nidauer Gemeinderat etwas gegen die illegale Landbesetzung und setzt bei der Parkplatzsanierung des Strandbads die exakt richtigen Massnahmen um, um das Problem zu lösen. Nämlich, eine Zufahrtsschranke für Wohnwagen, für nur 8 200 Franken. Da darf man unserem Gemeinderat wirklich ein Kränzchen winden. Selbst die Stadt Biel setzt bauliche Massnahmen gegen illegale Landbesetzungen an diversen Stellen ein, zum Beispiel bei der Tissot Arena. Diese Massnahmen zeigen Wirkung. Beispielsweise beim Tennisweg zwischen Swisstennis und dem TC Biel, wo es in Vergangenheit immer wieder zu illegalen Landbesetzungen, Auseinandersetzungen und Verschmutzungen gekommen ist, gibt es das seither nicht mehr. Mit grosser Verwunderung habe ich nachher aber gelesen, dass die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Biel ähnliche, einfache und rasch realisierbare bauliche Massnahmen auf dem Expo Gelände ablehnt, da sie erfahrungsgemäss wirkungslos sind. Wir haben den Verdacht, dass es der Stadt Biel gerade Recht zu sein scheint, dass es bei der Stadt Nidau ein freistehendes Gelände gibt, wo man Fahrende kurzerhand hin umleiten kann, damit sie nicht in Biel illegal Land besetzen und die Bevölkerung zum Beispiel wie in den Komplexen der Tissot Arena beim Einkaufen stören und belästigen, was ich selbst mehrfach miterlebt habe. Wir können aber auch die unter Absatz B erwähnten bisherigen Erfahrungen des Gemeinderats so nicht stehen lassen. Anwohner haben bei der jüngsten Besetzung mehrfach reklamiert, dass zum Beispiel Jugendliche kaum 12 Jahre alt, bis spät in die Nacht mit ihren frisierten Mofas Lärm verursacht haben und Kinder in der Nacht in den Quartieren herumgeschlichen sind. Wer die Augen offen hat, wenn man es sehen will, dann sieht man es auch. Ich selber habe mehrere Rückmeldungen von Bürgern erhalten, welche beängstigt und verärgert waren. Mein Verweis sich

1575

bei der zuständigen Gemeinderätin Sandra Friedli zu melden, ist belächelnd zur Kenntnis genommen worden. Wie eine Umfrage vor 14 Tagen im Bieler Tagblatt gezeigt hat, glauben 78 Prozent nicht daran, dass die 3 Tage, die im Bericht erwähnt werden, eingehalten werden. Weitere 5 Prozent finden, dass andere Plätze besser geeignet sind. Das ergibt sage und schreibe 83 Prozent, welche sich gegen das ganze Vorgehen stellen. Die Frage ist für mich, wird hier an der Bevölkerung vorbei politisiert? Aber das können wir ja nächstes Jahr bei den Wahlen ändern. Vom Bieler Eifelturm aus ist es natürlich einfach zu behaupten, dass alles super läuft, weil unter den Konsequenzen müssen ja die Nidauer Anwohner leiden. Darum haben wir heute im Stadtrat in Nidau mit der SVP Biel und den Eidgenossen zusammen entsprechend einen Antrag eingereicht, und warten dort das Resultat ab, um weitere Schritte hier in Nidau, oder auch kantonal, in Betracht zu ziehen. Noch ein Punkt. Während dem ganzen Covid-Lockdown im Frühling wurden wir eingesperrt. Damals war der Expo Park mit Wohnwagen und ihren Insassen belebt. Der ganze Rest der Schweiz hat sich an die Regeln halten, Geschäfte wurden geschlossen und viele kämpfen noch heute um das finanzielle Überleben. Auf dem Expo Areal haben anscheinend ganz andere Regeln gegolten. Meine Schlussfolgerung aus der Antwort des Gemeinderats ist folgende: Ich bin enttäuscht, da der nötige Nachdruck von Nidau in Richtung Biel fehlt. Es erstaunt mich aber nicht, da die zuständige Gemeinderätin Sandra Friedli mit ihren Aussagen in der Vergangenheit klar gemacht hat, dass die Fahrenden nichts falsch machen und bei illegalen Landbesetzungen geduldet werden, und sie hat dabei erst noch das Kollegialitätsprinzip des Gemeinderats verletzt. Und als Schlusspunkt: Natürlich will der Gemeinderat von Nidau die grosse Schwester, die Stadt Biel, nicht verärgern. Danke.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Markus Baumann. Die Diskussion wurde eröffnet. Ja, Stadträtin Brigitte Deschwanden?

Brigitte Deschwanden Inhelder, SP: Danke vielmals. Nur eine kleine Nebenbemerkung. Es geht hier nicht nur um das Postulat, es geht hier auch um eine Richtlinienmotion, für welche der Gemeinderat uns wirklich einen guten Bericht erstattet hat. Die SP hatte die Motion eingereicht. Ich möchte Gemeinderätin Sandra Friedli für den Bericht danken und ich bin eigentlich sehr zufrieden, sie hat gut mit Biel kommuniziert und man hat eine pragmatische Lösung gefunden. Es ist jedoch nicht wirklich eine Lösung für die Fahrenden. Ich möchte Markus Baumann entgegenhalten. Ich habe den Eindruck, das Problem wird verkannt. Mit einer Verbauung und ein paar Pollern ist das Problem der Fahrenden in dem Kanton nicht gelöst. Wir alle wissen, die Schweizer Fahrenden sind offiziell eine geschützte Minderheit. Darum sucht auch der Kanton dringend wieder neue Transitplätze. Wileroltigen zum Beispiel, die selber wollten die Fahrenden nicht. Die kriegen vom Kanton befohlen, dass sie einen Transitplatz haben. Ich denke, das könnte auch uns in Nidau blühen. Also wenn AGGLOlac nicht gebaut wird, dann wird das Thema Fahrende wieder ein Thema, das bin ich überzeugt. Und auch ob man das vielleicht im Winter freigeben müsste. Im Moment finde ich die Lösung, die wir jetzt haben gut, und ich will für das danken. Nach der Abstimmung über AGGLOlac werden wir sehen, ob man das Problem nochmals aufnehmen muss. Danke vielmals.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadträtin Brigitte Deschwanden Inhelder. Und ja, es ist so, es war eine Richtlinienmotion der SP, die auch angenommen wurde. Heute geht es ja eben um das Abschreiben, das eventuelle Abschreiben der Postulate, deshalb habe ich das andere nicht erwähnt. Ich erteile das Wort Bettina Bongard.

Bettina Bongard, SP: Ja ich will nur kurz Stellung nehmen in Bezug auf Gemeinderätin Sandra Friedli und dem Kollegialitätsprinzip. Es ist ganz klar das Recht von Gemeinderatsmitgliedern, dass man in Ausstand treten darf. Und Gemeinderätin Sandra Friedli hat das immer ganz klar im Gemeinderat und bei den Medien so gesagt, und sie hat einfach nur von ihrem Recht gebraucht gemacht und das war sehr mutig.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Bettina Bongard. Gibt es weitere Voten aus der Ratsmitte? Ja, Stadtrat Michael Rubin.

Michel Rubin, Grüne: Ja lieber Markus Baumann, Sie haben die Wahlen angesprochen, welche nächstes Jahr anstehen. Ich hoffe tatsächlich, dass bei den nächsten Wahlen Antiziganismus und das breitschlagen von alten Vorurteilen nicht weiter belohnt wird.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadtrat Michael Rubin. Weitere Voten? Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig, gestützt auf Artikel 31 Absatz 3, Artikel 34 Absatz 1 und Artikel 35 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates:

1. Die Berichterstattung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die beiden Postulate P 209 und P 219 werden abgeschrieben.

14. Abschreibungen und Fristverlängerung von Vorstössen– Sammelantrag

	Ressort Sitzung	Präsidentiales 19.11.2020
<hr/>		
1645	nid 0.1.6.2 / 4.9	

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Wir kommen jetzt zu Abschreibungen und Fristenverlängerungen. Mag die Stadtpräsidentin etwas sagen? Wir haben hier das Postulat 197 der Ferienbetreuung von Bettina Bongard. Möchten sie zur Abschreibung dieses Postulates das Wort ergreifen? Nein. Das Postulat 212 Neubau des Schulhauses Beunden Ost von Stadträtin Ursula Wingerger. Möchten sie dazu etwas sagen? Dann gelangen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig, gestützt auf Artikel 34 Absatz 2 bzw. Artikel 35 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates:

1. Das Postulat P 212 wird abgeschrieben.
2. Das Postulat P 197 wird abgeschrieben.
1. Für das Postulat P 202 wird eine Fristverlängerung gewährt, bis der Dialogprozess abgeschlossen und das weitere Vorgehen definiert ist.

15. Einfache Anfragen – Beantwortungen

	Sitzung	19. November 2020
<hr/>		
1660	nid 0.1.6.2 / 4.8	

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Wir gelangen zu Traktandum 15. Ich hoffe Stadtrat Thomas Spycher und Stadträtin Hanna Jenni sind mit der Beantwortung der einfachen Anfragen zufrieden?

1665 Die Antworten werden zur Kenntnis genommen.

Einfache Anfragen

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Wir kommen zu den einfachen Anfragen. Ich erteile das Wort Stadträtin Kathleen Lützelschwab.

Kathleen Lützelschwab, SP: Es geht um eine kleine Anfrage zu einem Baum. Ich habe inzwischen per E-Mail die Antwort erhalten, weil ich aber die Antwort wichtig finde, will ich es hier trotzdem noch schnell sagen. Es sind zwei Bäume an der Dr. Schneiderstrasse gepflanzt worden, eine Feige und ein Papau Baum. Der Papau Baum, die Indianerbanane, habe ich nicht gekannt, es ist eine exotische Pflanze aber kein Neophyt. Der Mehrwert für Insekten haltet sich in Grenzen. Bienen und andere Blütenbestäuber meiden ihn. Es sei ein Baum für experimentierfreudige Hobbygärtner, und Trockenheit hat der Baum nicht gerne. Meine Meinung war nachher, dass Nidau einheimische Pflanzen setzen soll, vor allem auch Pflanzen, die den Klimawandel vertragen. Ich habe mich nachher auch über die Antwort von der Abteilung Infrastruktur gefreut, nämlich dass nächstes Jahr das Thema Biodiversität ganzheitlich angegangen werden soll. Pflanzen sollen angeschafft werden, welche dem Klimawandel standhalten und gleichzeitig soll auch ein Mehrwert zur Biodiversität geliefert werden. Danke vielmals für die detaillierte und positive Antwort.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Stadträtin Kathleen Lützelschwab. Es folgt Stadtrat Oliver Grob.

Oliver Grob, SVP: Ich versuche es kurz zu machen. Ich habe eine Bitte an den Gemeinderat, respektive an die Stadtverwaltung, dass wir künftig die Infoanlässe online via Webex durchführen könnten, sofern diese pandemiebedingt nicht physisch durchgeführt werden können. Ich denke auch für die heutige Sitzung wäre das wertvoll gewesen, wenn wir zusätzliche Infos zu den Geschäften gehabt hätten. Danke vielmals.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Danke Oliver Grob. Ich komme noch zu einem Anlass der stattfinden wird. Das ist der Weihnachtsschmuckverkauf der Brocki Nidau. Wie Sie sehen, findet dieser am nächsten Samstag auf dem Bibliotheksplatz statt. Das Problem war, dass eigentlich das Spritzenhaus beantragt wurde und dann hat man gemerkt, dass das Spritzenhaus ein geschlossener Raum ist und dass momentan Märkte in geschlossenen Räumen nicht erlaubt sind. Also zwischen 8 und 12 Uhr sind sie jetzt eben auf dem Bibliotheksplatz. Also es wäre schön, wenn einige Leute dort vorbeischauen würden.

Ich erlaube mir jetzt als Abschluss dieses für mich doch speziellen Präsidialjahres euch noch zwei, drei Minuten zurückzuhalten. Es war ein spannendes und ungewöhnliches, ja bis Weilen, surreal anmutendes Jahr, dass jetzt hier für mich zum Abschluss kommt. Erst keine Sitzung, dann Sitzung mit Maske beim Hereinkommen, jetzt während der ganzen Sitzung und dies möchte ich sagen, trotz Vermummungsverbot, das finde ich ja immer noch witzig.

Ein grosser Dank an alle. Sie haben mich unterstützt indem sie, wie ich es ja bereits am Anfang meines Amtsjahres gesagt habe, hart in der Sache waren, aber doch fair zueinander. Und so,

auch wirklich in diesem Sinne debattiert haben. Diese Kultur des Diskurses den wir hier leben, hoffe ich, dass Nidau dieser noch lange erhalten bleibt. Ich bin jedes Mal eigentlich mit Freude hier im Rat, weil genau dieses «hart in der Sache und fair zu den Menschen» gelebt wird. Zudem habe ich ganz viele Facetten politischer Möglichkeiten erlebt, wohl wie in keinem einzigen Jahr vorher, eben selbst die nie vergessene Ablehnung der eigenen Motion von Leander Gabathuler. Das hat mich wirklich gefordert. Und heute mit dieser Speed Debatte war es wirklich spannend bis am Schluss.

Speziell möchte ich dem Ratsbüro danken für ihr Mitdenken bei den Sitzungen. Dieses Ratsbüro hat mehr Gewicht erhalten und ich finde es wirklich gut so. Sie haben mir geholfen den Überblick zu wahren. Ich danke den Akteurinnen der Verwaltung und hier dem Schulareal Burgerbeunden, aber auch insbesondere Stephan Ochsenbein und Manuela Jennings, weil ich konnte sie jeder Zeit erreichen und ihnen Fragen stellen. Herzlichen Dank. Ja, im nächsten Jahr wird Grün durch Dunkelgrün ersetzt. Die SVP mit Markus Baumann wird mit frischem Elan und viel Engagement, da bin ich ganz sicher, uns durch diese Sitzungen führen. Und ich darf dann meine Meinung wieder vertreten, kann von der Seite zuhören und ich sage Ihnen, darauf freue ich mich.

Markus Baumann: Moment, so einfach geht das natürlich nicht. Ich entschuldige mich, dass ich der Ratsmitte den Rücken zudrehe, aber jetzt geht es um unsere abtretende Stadtratspräsidentin, welche die volle Aufmerksamkeit haben soll. Sie haben allen gedankt, wir danken dir. Du hast mit deinem Humor diesen Sitzungen den nötigen Pepp verlieht. Es war schön, mit dir im Ratsbüro zusammenzuarbeiten. Ich glaube wir haben im Ratsbüro gute, konstruktive Arbeit leisten können. Du bist zwar nächstes Jahr nicht mehr höchste Nidauerin, aber ich denke so ein Schlösschen kann nicht schaden. Aber so ein Schlösschen alleine kann es auch nicht sein. Vielleicht braucht es noch einen Thron, darum haben wir gedacht, du könntest alles Mögliche für das Schloss bei unserem einheimischen Möbel Brechbühl einkaufen. Danke vielmals.

Stadtratspräsidentin, Esther Kast: Herzlichen Dank! Es berührt mich sehr. Danke! Und ich schliesse damit die Sitzung.

NAMENS DES STADTRATES

Die Präsidentin

Der Sekretär

Die Protokollführerin